

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Beistellung 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
1. Oktober 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Zettin (Zunfel), Wilhelmstraße,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Das Ergebnis des Jenaer Parteitags. — Heinrich Diez zum 70. Geburtstag. Von Klara Zettin. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. VII. Von Anna Wlos. — Der Geburtstagsabend in Berlin. I. Von Therese Schlegelinger. II. Von Mathilde Baum. — Die Frau in der Invalidenversicherung. Von Fr. Klees. — Kein Gegensatz, Zusammenwirken. Von R. W.

Aus der Bewegung: Die Beteiligung der Genossinnen am Parteitag zu Jena. — Tätigkeitsbericht der Genossinnen im Reichstagswahlkreis Mannheim. — Bericht über die Les- und Diskussionsabende der Genossinnen in Linden. — Ferienausflüge für Arbeiterkinder in Kiel. — Politische Rundschau. Von a. th. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Von sk.

Notizen: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Frauenstimmrecht.

## Das Ergebnis des Jenaer Parteitags.

Seit Jahren haben wir auf keinen unserer Parteitage mit aufrichtigerer Befriedigung zurückgeblüht als auf die Beratungswoche in Jena. Denn sie hat gebracht, was nach unserem Dafürhalten eine wichtige, ja unerläßliche Voraussetzung für die kraftvolle weitere Entwicklung und Betätigung unserer Partei ist: ein klares Bild der Strömungen, die in ihr vorhanden sind und natürlich genug danach drängen, das Leben, die Aktion der Sozialdemokratie zu bestimmen. Nichts irriger und oberflächlicher, als das Vorhandensein der Richtungen in ihr aus der verschiedenen persönlichen Eigenart ihrer vornehmsten Vorkämpfer zu erklären, nichts verhängnisvoller für die Gesundheit und Stohkraft der Partei, als die vorhandenen Gegensätze leugnen zu wollen. Unter welcher theoretischen Etikette auch immer sie uns in der Geschichte der Sozialdemokratie entgegentreten, lassen sie sich für die Praxis doch summarisch, aber dafür greifbar zusammenfassen als Strömungen für eine opportunistische und solche für eine entschlossene proletarisch-revolutionäre Taktik. Der Kernpunkt der Gegensätze bleibt letzten Endes die Bewertung der Tageserfolge, gemessen an den dauernden Klasseninteressen des Proletariats und dem sozialistischen Endziel, bleibt in Verbindung damit die verschiedene Würdigung der einzu-schlagenden Taktik und der gebotenen Kampfesmittel.

So oft in den letzten Jahren politische Ereignisse oder Vorgänge unseres Parteilebens zu einer offenen Auseinandersetzung zwischen den Ansichten „rechts“ und „links“ zu treiben schienen, es kam nicht dazu. Auf den Parteitag wurden die Gegensätze abgestumpft, die Risse in der Auffassung zwischen hüben und drüben verschleiert. Die Atmosphäre der Parteitage hatte etwas Schwüles, Dumpfiges. Wohl wetterleuchtete es hier und da in den Debatten, doch der klipp und klare Waffengang der Meinungen unterblieb. Mit einer gewissen ängstlichen Scheu ging man unzweideutigen Entscheidungen aus dem Wege, bemühte man sich, die Erörterungen so zu richten, daß sich schließlich „Opportunismus“ und „Radikalismus“ auf einer „mittleren Linie“ zusammenfinden

konnten. Die „Linke“ hatte ihr redlich Teil, ja im Grunde den größten Teil Schuld an diesem Gange der Dinge, der unserer festen Überzeugung nach nicht die gesunde Kraft, die Schlagfähigkeit der Sozialdemokratie förderte. In dem Halbdunkel unausgetragener Meinungsunterschiede über Grundsätze und Taktik der Partei konnte sich in der Praxis der Opportunismus ausdehnen und aufreden. Doch verhängnisvoller als diese Erscheinung begann es zu werden, daß dem „Radikalismus“ aus Rücksicht auf den Schein der „Friedensliebe“, aus Furcht vor möglichen Niederlagen die Luft und Kraft schwand, sich mit opportunistischen Strömungen zu messen. Die jeweilig auftauchenden Streitfragen versumpften, statt daß sie ehrlich ausgefochten wurden.

Der dritte Parteitag zu Jena hat mit diesem Verhalten gebrochen. Der bedeutsamste Teil seiner Beratungen und Beschlüsse galt Massenstreik und Steuerfrage, galt damit dem Ringen um die Taktik der Partei. Und dabei standen sich vom Anfang bis zum Ende die Geister wieder in reinlicher Scheidung gegenüber. So konnten über Massenstreik und Steuerfrage die Auseinandersetzungen nicht — wie es fast zur geheiligten Tradition geworden war — in dem Nebel allgemein gehaltener, deutungsreicher Resolutionen verlaufen, denen „Radikale“ wie „Opportunisten“ mit gleichem inneren Unbehagen ihre Stimme gaben. Die Delegierten mußten sich für ein glattes, nacktes Ja oder Nein entscheiden. So hat der Parteitag das Augenmerk der ganzen Sozialdemokratie erneut auf die Notwendigkeit gelenkt, gründlich und ohne Voreingenommenheit die beiden Richtungen zu prüfen, die nicht zufälliger, nicht persönlicher Art sind, vielmehr ihre tiefen Wurzeln in den geschichtlichen Verhältnissen haben, unter denen das deutsche Proletariat seinen Befreiungskampf führt. Sie prüfen, mit ihrem geschichtlichen Untergrund und mit ihrem Auswirken in der Praxis, das heißt aber Stellung zu ihnen nehmen und sich zwischen ihnen entscheiden.

Um dieser Folge willen nehmen wir die „Niederlage“ der radikalen Minderheit auf dem Parteitag ohne Erschütterung in den Kauf. Denn unerschütterlich steht unsere Überzeugung, daß der Verlauf der gesellschaftlichen Dinge selbst je länger je unwiderstehlicher den Klassenkampf des Proletariats, die Taktik der Sozialdemokratie aus dem seichten Bett einer opportunistischen Politik drängt. Und ihr gefehlt sich gerade seit Jena die frohe Hoffnung hinzu, daß der radikale Flügel der Partei diesen Entwicklungsprozeß kraftvoll, bewußt beschleunigen wird. Der heutige Parteitag hat ihm den Willen und die Spannkraft zum offenen ernsten Ringen um ungemilderte, aggressive proletarisch-revolutionäre Taktik zurückgegeben. Er hat scharf die Dringlichkeit bekräftigt, die ganze Energie für eine Sammlung der Parteigenossen auf dem Boden einer solchen Taktik einzusetzen, ein Streben, das sich nur durch Klärung und Vertiefung der Erkenntnisse verwirklichen läßt. Er hat den „Radikalen“ gelebt, dabei auf ihre eigene Kraft zu bauen und weder auf Ermunterung und Zustimmung durch die Leitung der Partei zu warten, noch

auf Förderung durch deren wissenschaftliches Organ, die „Neue Zeit“, die früher ihren Ruhm dareinsetzte, im Kampfe um umstrittene Fragen führend voranzuschreiten, die nun aber in „Nachgedanken zu nachdenklichen Betrachtungen“ der Erörterung solcher Fragen nachhumpelt oder zu ihnen schweigt.

In der Frage des Massenstreiks kristallisierten sich die Gegensätze in den beiden Resolutionen, die einander gegenüberstanden. Die Resolution des Parteivorstandes brachte ein recht platonisch anmutendes Bekenntnis zum Massenstreik, ließ den Ausdruck flammenden Willens zur Tat vermissen und erhielt einen eigentümlich tendenziösen und abgelagerten Beigeschmack durch eine ebenso feierliche wie überflüssige Warnung vor dem anarchistischen Generalstreikgedanken. In der Gegenresolution Luxemburg pulsierte das vorwärtsdrängende Leben der Massen, dessen frischer Hauch die Parteidiskussion der letzten Monate entfesselt und beseelt hatte. Unter Hinweis auf die Zeichen und Dinge der Zeit kündete sich der Wille zur Tat durch das Verlangen, die künftig unvermeidlichen und nötigen Massenaktionen jeder Art durch eine scharfe Politik des Angriffs auf der ganzen Linie vorzubereiten.

Veider kam es nicht dazu, daß die Massenstreikfrage ihrer Bedeutung entsprechend ganz aufgerollt wurde. Dafür ist hauptsächlich Genosse Scheidemann verantwortlich. Als Berichterstatter des Parteivorstandes erachtete er es als seine Hauptaufgabe, den Kritikern und Mörglern auf den Mund zu schlagen, die auch das Leben und den Geist der proletarischen Kampforganisationen, die Haltung ihrer Beauftragten und Führer in den Kreis ihrer Erörterungen gezogen und die ganze „unzeitgemäße“ Diskussion über den Massenstreik heraufbeschworen hatten. Die Abstrafung der Schuldigen konnte nicht geschehen, ohne daß Genosse Scheidemann dem Parteitag einen wahren Popanz von Massenstreikideen vorführte, fabriziert aus den dürren Stecken bürokratischer Erwägungen und den Flicken einzelner Sätze und Worte, die aus ihrem Zusammenhang gerissen waren. So sahen sich die Besürworter der Resolution Luxemburg in die Notlage versetzt, einen Teil der zehn Minuten Redezeit auf die Nichtigstellung früherer Äußerungen zu verwenden. Eine großzügige, zusammenfassende Gegenüberstellung von Auffassung wider Auffassung wurde unmöglich, aber wenigstens haben die Debatten einem reichbesetzten Nest törichter Märchen von dem „Syndikalismus und Butschismus“, der „Beamtenheute“ usw. der „Gyperradikalen“ den Garaus gemacht und das Problem einer verschärften Taktik vor die Massen der Genossen im Lande getragen. Und sie zeitigten zwei weitere wichtige Ergebnisse.

Genosse Bauer leitete seine Darlegungen mit einer Zustimmung zur Resolution des Parteivorstandes ein, endete sie jedoch in äußerem Widerspruch dazu mit einer unzweideutigen Verwerfung des Massenstreiks überhaupt, nachdem er eine so niedrige Einschätzung des demokratischen Wahlrechts für Preußen entwickelt hatte, daß sie jedem halbwegs „Radikalen“ unfehlbar eine strenge Abrißfelle wegen „Antiparlamentarismus“ eingetragen haben würde. Dieser Stellungnahme kommt aber besondere Bedeutung zu. Genosse Bauer ist Mitglied der Generalkommission der freien Gewerkschaften und trat als Generalkredner der gewerkschaftlich führenden Genossen auf dem Parteitag den Ausführungen der Genossin Luxemburg entgegen. Eine spätere abschwächende Erklärung hat den Eindruck seiner Rede mehr unterstrichen als verwischt. Genosse Scheidemann wurde seinerseits durch den Gang der Verhandlungen unstreitig vorwärtsgetrieben. In seinem Schlusssatz erklang die Angriffsfanfane bei weitem lauter als die Dämpfungstrommel und gewann der Vorstandsresolution die Stimmen mancher Delegierten, die sachlich zwar auf dem Boden der Gegenerklärung standen, jedoch im Kleben an dem Buchstaben an dem oder jenem einzelnen Satz Anstoß nahmen.

Die 142 Stimmen, die sich auf die Resolution Luxemburg vereinigt haben, zeigen nur die geschlossene Kerntuppe der

Delegierten, die dafür eingestanden sind. Sie geben keinen Maßstab für die Breite und Tiefe der drängenden Stimmung in der Partei selbst, die in dieser Resolution ihren Niederschlag gefunden hat. Das werden schon die Debatten über den Parteitag in unseren Organisationen erweisen. Die redenden Steine wirtschaftlicher und politischer Tatsachen aber werden es durchsetzen, daß die Erörterung der faktischen Fragen, deren Mittelpunkt der Massenstreik ist, für das kämpfende Proletariat nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet. Die drohenden Vorstöße des organisierten Unternehmertums und die Wirkungen der sich auswachsenden Wirtschaftskrise können möglicherweise ohne jeden Respekt vor dem, was „zeitgemäß“ oder „unzeitgemäß“ dünkt, gerade die Gewerkschaften vor die Notwendigkeit stellen, nicht etwa Massenaktionen „zu machen“, wohl aber elementar aufbäumende Massenaktionen zu leiten, ihnen Richtung und Ziel zu geben. Es gilt, die Organisationen für diese schwierigsten Aufgaben zu rüsten.

Die Steuerfrage hat auf dem Parteitag weder nach der theoretischen noch nach der praktischen Seite hin eine ausreichende, geschweige denn eine gründliche Klärung gefunden. Ja es kam nicht einmal zu einer ausgiebigen Auseinandersetzung über die engbegrenzte Teil- und Streitfrage, die seit Monaten die Gemüter in der Partei erregt hatte. Nämlich über die Zustimmung der Fraktionsmehrheit im Reichstag zu Wehrbeitrag und Vermögenszuwachssteuer. Kaum daß einige Gegner dieser Zustimmung zu Worte gekommen waren, wurde unter Hinweis auf die Geschäftslage des Parteitags der Schluß der Debatten durchgeführt. Und das, obgleich entgegen allem Brauch und Berechtigtheitsempfinden wie aller Logik die Vertreter der einen Auffassung schon dadurch schwer benachteiligt worden waren, daß beide Referenten in der Hauptsache in die gleiche Kerbe gehauen hatten. So war es lediglich der Standpunkt der Fraktionsmehrheit zu den Deckungsvorlagen, der eingehend entwickelt und begründet werden konnte. Genosse Südekum, dessen besondere Aufgabe es war, diese Art Praxis des „kleineren Übels“ zu rechtfertigen, konnte sich in wesentlichen Gesichtspunkten auf die theoretischen Gedankengänge des Genossen Wurm berufen.

So lang und breit ausgesponnen dessen Ausführungen waren, haben sie in nichts die Auffassung zu „korrigieren“ vermocht, die wir zu der Frage überhaupt und zu den Leitfragen und der Resolution des Genossen Wurm im besonderen in der „Gleichheit“ vertreten haben. Am allerwenigsten sind wir dadurch eines anderen belehrt worden, daß Genosse Wurm sich mit dem hygienischen Eifer des Neubefehrten auf diese Auffassung gestürzt hat. Einer Klärung der umstrittenen Frage hätte er auf andere Weise besser vorarbeiten können, ja vorarbeiten müssen. Genosse Mollenhuth beschwor in den Debatten zur Verteidigung der Fraktionshaltung aus einem Privatbrief für kleine Dinge den großen Schatten Bebel's. Das hat niemand überzeugt, der sich in der Sache zu einer festen Stellungnahme durchgerungen hatte, aber es ist mit Recht in der Zeit der Trauer um den toten Führer als eine Ungehörigkeit peinlich empfunden worden. Die Deckung hinter einer Person ist kein Beweis, und es war überflüssig, daran zu erinnern, daß auch Bebel als Politiker sterblich und nicht unfehlbar war.

Angeichts der ganzen Sachlage und der starken Abneigung in der Partei gegen Beschlüsse, die als Mißtrauensvotum gegen führende Körperschaften gedeutet werden können, war von vornherein kein Zweifel, daß die Mehrheit der Delegierten der Resolution Wurm zustimmen und das Verhalten der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen billigen würde. Es ist mehr, als man erwarten durfte, daß sich trotz allem 140 Delegierte mit entschiedenem Nein gegen diese Resolution und für die Auffassung erklärten, die in der Gegenresolution Geier-Luxemburg niedergelegt ist. Niemand wird wägen, daß die Sozialdemokratie durch die gefallene Entscheidung über Auseinandersetzungen und Konflikte in der Steuerfrage hinweg ist, hinweg sein kann. Denn niemand in

ihr vertritt den Standpunkt, der der radikalen Minderheit von ihren opponierenden Parteifreunden untergeschoben wurde: daß es für die Arbeiterklasse verflucht gleichgültig sei, ob die Besteuerung eine direkte oder indirekte sei. Aber Imperialismus und Verschärfung der Klassengegensätze verquiden und verfilzen die Steuerfrage immer öfter und stärker mit arbeiterfeindlichen Deckungszwecken. Nicht bloß im Reiche, auch in den Einzelstaaten und Gemeinden. Man denke nur an die Rolle der Ortspolizei bei wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterschaft! Rascher und ungestümer, als man hier und da denkt, dürfte die kapitalistische Entwicklung Situationen entgegentreiben, wo die Sozialdemokratie vor die Notwendigkeit gestellt wird, entweder auf der eingeschlagenen Bahn des angeblich kleineren Übels in der Steuerfrage Schritt für Schritt vorwärtszugehen, unbekümmert um den Verwendungszweck neuer Abgaben, oder aber entschlossen mit der entsprechenden Praxis und Theorie zu brechen und sich durch den „unfruchtbaren Doktrinarismus“ der Geysler-Luzemburgschen Resolution leiten zu lassen.

Die bürgerliche Presse widerhallt von Frohlocken darüber, wie leicht es fortan die Regierung haben werde, Militär- und Marinevorlagen durchzudrücken. Eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien sei Rüstungsforderungen um so sicherer, wenn die Sozialdemokratie nachträglich die Fische durch direkte Steuern mit begleichen helfe. Wir legen solchen Aufstellungen gewiß keine übertriebene Bedeutung bei. Allein immerhin weisen sie auf die Schwierigkeiten hin, die gerade auf dem Gebiet des Steuerwesens sich vor der Sozialdemokratie aufdrängen werden. Unserer Überzeugung nach kann sie ihnen nur zum Heil der dauernden proletarischen Klasseninteressen begegnen, wenn sie neben der Art und Form der Besteuerung auch den Verwendungszweck der Abgaben mitentscheidend sein läßt, wenn sie „eine Zwangslage“ zur Entscheidung zwischen einem größeren und kleineren Übel nicht lediglich unter dem Gesichtswinkel der parlamentarischen Konstellation betrachtet, aus der es für sie als Minorität kein Entrinnen gibt. Ihr bleibt der Ausweg des Appells an die arbeitenden Massen, die ihren Willen und ihre Macht außerparlamentarisch zum Ausdruck bringen müssen.

Die Debatten über den Bericht des Parteivorstandes waren zum Teil ein Vorpostengefecht zur Auseinandersetzung über den Massenstreik. Sie ließen scharfe Streiflichter auf die Stimmung fallen, aus der heraus sich große Kreise der Partei von der gepriesenen „Ermattungsstrategie“ abzuwenden beginnen. Aber gerade weil die Erörterungen über die Parteitätigkeit kritischer waren als sonst, sind sie unzweifelhaft sehr reich an fruchtbaren Anregungen gewesen. Es sei nur erinnert an die mancherlei trefflichen Ausführungen über Schwächen der Organisation, Ausgestaltung der Presse, Förderung der Frauen- und Jugendbewegung usw. Besondere Beachtung verdient, was Genosse Braun-Mürnberg gegen die Uniformität unserer Parteiblätter sagte.

Der Bericht der Reichstagsfraktion, den Genosse Schulz gab, leitete eine Diskussion ein, die sich heuer auch durch mehr und schärfere Kritik als in den letzten Jahren auszeichnete. Nicht am letzten bemängelte sie, daß die Reichstagsfraktion den Kampf gegen die Militärvorlage nicht von Anfang an mit der vollen Wucht wie in der zweiten Lesung geführt hatte. Auch hier fehlte es nicht an Wünschen und Aufträgen für die künftige Arbeit der Fraktion. Wir greifen davon nur den Antrag München über Verbesserung und Ausdehnung des Kinderzuschusses heraus, für den Genossin Zieck in wirksamster Weise sprach.

Die Verhandlungen über die Maifeier endeten mit einer zweckmäßigeren Regelung der leidigen Angelegenheit des Maifeierbeitrags der Angestellten in Partei und Gewerkschaften. Sie hatten ihren Höhepunkt in Eberts eindringlichen, martigen Mahnungen, an der Maifeier wie bisher festzuhalten und die unvermeidlichen Opfer dafür in

der Würdigung dieser rein proletarischen Massenaktion fremd zu bringen. — Die Genossinnen dürfen betreffs des Frauentags einen guten Erfolg buchen. Dem Parteitag lag eine Resolution für die Abhaltung eines Frauentags 1914 vor, die die Unterschrift aller weiblichen Delegierten wie einer stattlichen Anzahl von Genossen trug. Nach einer nachdrücklichen Begründung durch Genossin Reiss und andere Genossinnen faßte Genossin Grünberg diese Darlegungen in einem Antrag zusammen, nach dem sich der Parteitag im Prinzip dafür erklärte, daß 1914 ein Frauentag stattfinden soll. Die Durchführung des Beschlusses wurde dem Parteivorstand und Parteiauschuß übertragen. Der Antrag wurde angenommen. An den Genossinnen liegt es nun in erster Linie, durch eifrigste, einsichtsvolle Mitarbeit in der Partei einen erfolgreichen Frauentag vorzubereiten.

Es ist schlechterdings unmöglich, der ganzen Summe von Arbeit würdigend gerecht zu werden, die der Parteitag geleistet hat. Doch müssen wir eines besonders wertvollen und bedeutsamen Teiles davon gedenken. Das ist die Stellungnahme zu der brennendsten Frage der Gegenwart, der Arbeitslosenfürsorge.\* Das vorzügliche Referat des Genossen Timm steckte bestimmt und klar den Boden für den Beschluß des Parteitags ab. Es hielt sich mit beiden Füßen auf dem festen Grund unlegbarer Tatsachen, es zeigte dringend nötige und mögliche praktische Aufgaben, aber es ließ dabei nie die scharfe grundsätzliche Auffassung der gesellschaftlichen Verhältnisse vermissen, aus denen die Arbeitslosigkeit hervornächst, mit denen das Streben nach der Vinderung ihrer Folgen rechnen muß. So war es geradezu typisch dafür, wie die Sozialdemokratie den unerbittlichen Kampf gegen die kapitalistische Ordnung mit der praktischen Gegenwartsarbeit zu verbinden weiß, die dieser Ordnung im Interesse der ausgebeuteten Werktätigen jedes Tröpfchen Reform abzugewinnen bemüht ist. Die Debatten vervollständigten das Bild von dem Vorwärtsdrängen der Sozialdemokratie zur Arbeitslosenfürsorge und von dem Verfehlen aller bürgerlichen Parteien, hier durchgreifend mitzuwirken. Tatsachen über Tatsachen widerlegten die freundliche Illusion des Genossen Winnig, daß die Arbeitslosenfrage eine allgemein menschliche Kulturfrage sei. Und wie die sachkundigen, grundsätzlich scharf zugespitzten Ausführungen des Genossen Mollenbaur, so betonte es das Schlußwort des Referenten mit wünschenswerter Eindringlichkeit, daß die Arbeitslosenfürsorge nicht das Werk der bürgerlichen Parteien und Sozialpolitiker sein werde, vielmehr die Errungenschaft des kämpfenden organisierten Proletariats selbst.

Anregungen zu tatkräftigem Handeln und zur Klärung der Anschauungen hat der dritte Parteitag zu Jena in Hülle und Fülle gezeitigt. Vergessen wir über den verzehrenden Anforderungen des Tages nicht, was er mit aller Deutlichkeit erkennen ließ: daß unsere praktische Gegenwartsarbeit um so ertragreicher ist, je klarer die grundsätzlichen Richtlinien unseres Kampfes sind, je unlöslicher die inneren Bande der Erkenntnis, die sie mit unserem Ringen für das Endziel der proletarischen Befreiung verknüpfen. Das ehrliche, leidenschaftliche Ringen um die Bestimmtheit dieser Richtlinien, um die Klarheit dieser Erkenntnis ist eine Wurzel der geistigen und politischen Kraft unserer Partei. Es scheidet nicht nur vorübergehend, es vereint für die Dauer. Es ist eine Vorbedingung für die Geschlossenheit und Wucht der sozialdemokratischen Sturmkolonnen, die wider die kapitalistische Ordnung vorrücken.

\* Die letzte Nummer der „Neuen Zeit“ bringt einen Artikel von Karl Kautsky über den Jenaer Parteitag. Dieser Artikel wimmelt von Verdrehungen und Entstellungen des Standpunktes der Minderheit. Wir begnügen uns damit, diese Musterleistung tieferzuhängen. Ihr Glanzpunkt ist es, daß „die Verfechter der neuen Taktik“ wegen ihres Schweigens in den Debatten zur Arbeitslosenfrage dem Born und der Verachtung der Arbeiter denunziert werden.

## Heinrich Diez zum 70. Geburtstag.

Wenn das kämpfende deutsche Proletariat seine hervorragenden Söhne und Führer feiert, so gedenkt es zumeist und am lebhaftesten derer, die ihm im wirtschaftlichen und politischen Streit der Klassen wegweisend vorausschreiten oder die ihm seine festgefügtten Organisationen aufbauen helfen. In ihrem Wirken treten sie tagtäglich persönlich, greifbar vor die Entrechteten, die wider den Stachel ihrer Klassenlage lecken. Im Schatten bleibt dagegen für gewöhnlich die Tätigkeit der Männer, die — von den bedeutenden Theoretikern abgesehen — in anderer Weise den Emporstieg der Massen aus Nacht und Not zum Licht der Freiheit fördern. Hier verschwindet die Person ganz hinter dem Werke, und das Werk selbst entzieht sich nur zu oft noch den Augen, der Wertung breiter Massen, die sich um das Banner der Sozialdemokratie scharen. Es liegt ein Stück unbewußter und ungewollter Ungerechtigkeit in dem Schweigen, das Werk und Mann deckt, und der Ausgleich kommt erst mit der Zeit, die ans Licht hebt, was von dauernder Bedeutung für die befreiungsehrwürdige Arbeiterklasse ist.

Diese Gedanken drängen sich mir heute auf, am Vorabend des 70. Geburtstags, den Heinrich Diez am 3. Oktober begeht. Denn da muß ich von einem Manne und von einem Werk reden, die miteinander für gewöhnlich im Dunkel und in der Stille stehen. Millionen Proletarier in Deutschland und weit über seine Grenzen hinaus schulden für ihre Erweckung und Schulung Genossen Diez heißen Dank, aber nur die wenigsten wissen, was er ihnen gegeben hat. Wer nennt, wer gedenkt seiner, wenn man die großen Baumeister der Sozialdemokratie aufzählt? Und doch gehört Heinrich Diez zu ihnen. Sein Name muß mit an erster Stelle derer genannt werden, denen die deutsche Sozialdemokratie für ihre geistige Entwicklung verpflichtet bleibt. Noch unter den Stürmen des Sozialistengeheßes schuf er mit seinem Verlag die Stätte, wo Rüstzeug des wissenschaftlichen Sozialismus für den Gebrauch des kämpfenden Proletariats geschmiedet werden konnte. Scharfäugig, geistig regsam, durch die harte Schule der Erfahrung wie zähes Selbststudium gebildet, erkannte der junge sozialdemokratische Buchdrucker Diez frühzeitig, von welcher Tragweite es war, daß die aufspießende Arbeiterbewegung Deutschlands mit dem Lebenssaft des wissenschaftlichen Sozialismus genährt werde. Und seinem praktischen Sinn blieben die materiellen Voraussetzungen dafür kein Geheimnis.

Als Drucker, Verleger, Herausgeber, Redakteur sozialdemokratischer Blätter in den ersten Jahren des Sozialistengeheßes an der heimatischen Waterkant von Ort zu Ort geht, heute eine Existenz und einen Wirkungskreis im Dienste der Partei neu aufbauend, die vorgestern gefunden und gestern von der Büttelfaust zertrümmert worden waren, machte sich der Lübecker 1881 in Stuttgart ansässig. Hier übernahm er die aus Leipzig vertriebene Genossenschaftsdruckerei nebst dem dazu gehörigen Verlag, um die beide es damals kläglich genug stand. Mit klugem Blick und fester Hand stellte er das Unternehmen verhältnismäßig rasch auf eine gesunde Grundlage, so daß es zum Sammel- und Mittelpunkt der Kräfte werden konnte, die in Württemberg die sozialistische Gedankenjaat austrenten, so daß es bald für die sozialdemokratische Bewegung in ganz Deutschland Bedeutung erlangte. Kein kleines Kunststück das alles, wenn man bedenkt, daß Polizei und Gerichte mit ihren schlimmsten Mücken und Lücken gegen das Unternehmen und seinen Leiter nicht sparten, und daß dieser außer der oft erdrückenden Bürde der Geschäftsjorgen die Last der Arbeit und der Verfolgungen des politischen Organisations- und Kämpfers trug. Es sei nur daran erinnert, daß Genosse Diez in einer Zeit, wo der Bankrott an seine Kontortür zu klopfen drohte, monatelang wegen der Beteiligung am Kongreß zu Kopenhagen hinter Schloß und Riegel kam.

1883! Das Jahr wurde nicht nur durch die Kopenhagener Tagung für die Geschichte der Sozialdemokratie bedeutsam.

Vom Januar an erschien unter Karl Kautskys Redaktion die „Neue Zeit“, die mutig und glänzend für die Ausbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus wirkte. Der Verleger aber, der dem Unternehmen vorstand, war Heinrich Diez. Sein frischer Wagemut und seine gereifte Überzeugung schreckten vor einer Aufgabe nicht zurück, deren Lösung damals den meisten ein bares Ding der Unmöglichkeit schien. Gewiß fand er an Webel und Singer zuverlässige Stützen, aber der Löwenanteil der Arbeit und Verantwortlichkeit lastete nichtsdestoweniger auf ihm. Nun zeigte sich die Fruchtbarkeit der Vereinigung von Idealismus, der in die Weiten nach einem hohen Ziele greift, und praktischem Geschäftsgeist, der mit den nahen Wirklichkeiten nüchtern rechnet. Der Verlag Diez, Stuttgart wurde die erste und ist noch heute die beste Heimstätte für die Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus. Hier sind neben der „Neuen Zeit“ im Verlauf der Jahre eine stattliche Reihe von Büchern erschienen, die gewiß nicht alle gleich gut sind, unter denen sich aber nicht wenige Werke von vollem Wert und dauernder Bedeutung befinden. Es ist keine Übertreibung, wenn wir behaupten, daß ohne die hingebungsvolle Tätigkeit des Genossen Diez als Verleger gerade vielleicht die besten dieser Bücher ungeschrieben geblieben wären, denn bei ihrer Veröffentlichung hieß es von vornherein, sich mit Verlusten abfinden.

Neben den Werken, die sich ihrer Natur nach nur an einen beschränkten Leserkreis wenden, hat Genosse Diez in den Sammlungen der „Internationalen Bibliothek“ und der „Kleinen Bibliothek“ verschieden abgestufte, vielseitige Lektüre für breitere bildungshungrige Massen angeregt und herausgegeben. Und das muß hervorgehoben werden: auch diese Veröffentlichungen zeichnen sich durch würdige Ausstattung aus, so daß sie sich vor den Erzeugnissen guter bürgerlicher Verlagsgeschäfte nicht zu verstecken brauchen. „Der Proletarier soll für seine sauer erworbenen, am Munde abgedorbten Groschen etwas Gutes in der Hand haben!“ Das ist der Grundsatz, der Heinrich Diez bei Gehalt und Aufmachung seiner Veröffentlichungen stets gegenwärtig gewesen ist. Das hat dem von ihm geleiteten Verlag Achtung auf dem allgemeinen Büchermarkt erzwungen, hat ihn zugleich anspornend auf die Parteiunternehmen ähnlicher Art zurückwirken lassen. Mehr als jedem anderen „Praktiker“ verdankt es die Sozialdemokratie dem Genossen Diez, daß die bürgerliche Welt an unserer Literatur nicht mit geringschätzigem Achselzucken vorübergehen kann. Mit seinem Instinkt hat Genosse Diez zeitig — vielleicht für den Erfolg zu zeitig — erwachende Bedürfnisse des Proletariats erkannt. Er hat den ersten, nicht unterstützten Versuch unternommen, sozialistische Kinderlektüre zu schaffen. Er ging daran, Unterhaltungslektüre herauszugeben und Dichtungen zu sammeln, in denen Proletarier oft noch mit ungeübter, tastender Hand das neue Leben künstlerisch zu gestalten trachten, das unter dem Hauche des Sozialismus in ihrer Seele und ihrer Klasse emporblüht. Er vermittelte durch den „Freien Sänger“ den Arbeitergesangvereinen viele schöne und volkstümlich gewordene Lieder. Die unvermeidlichen Defizite solcher und anderer Veröffentlichungen mußten die Überschüsse des weitverbreiteten „Wahren Jacob“ ausgleichen.

Von allem, was dank der Anregung des Genossen Diez, gefördert von seinem Wirken, entstanden ist, haben die Genossen ihr Teil Bildung und Erhebung. Doch davon abgesehen, dürfen sie ihm eine besondere Tat nie vergessen, denn mit ihr ist Heinrich Diez zu einem der verständnisvollsten Wegbereiter der sozialistischen Frauenbewegung geworden. Sein Verdienst ist es, daß die „Gleichheit“ sich frei entfalten konnte, daß sie ungehindert durch Rücksichten auf die Geschäftslage nur ihre Aufgabe im Auge zu halten vermochte: die Proletarierinnen zum Klassenkampf zu rufen und durch die sozialistische Erkenntnis für den Klassenkampf zu schulen. Genossin Zhrer hatte mit dem klaren Blick für praktische Erfordernisse, der sie auszeichnete, bereits auf dem Parteitag zu Halle begründet, wie notwendig es sei, ein sozialistisches

Frauenblatt ins Leben zu rufen. Und sie setzte hinter das Wort die Tat, indem sie „Die Arbeiterin“ herausgab. Allein trotz der unvergleichlichen Hingabe, mit der Genossin Jhrer und ihre gleichgesinnten Freundinnen an dem Blatte arbeiteten, für seine Verbreitung wirkten, konnte es unter der Ungunst äußerer Verhältnisse nicht gedeihen. Schon um die Zeit des Erfurter Parteitags stand es vor dem Zusammenbruch.

Genosse Diez erklärte sich damals bereit, das sozialistische Frauenblatt vom Januar nächsten Jahres an in seinen Verlag zu übernehmen. Als er mir, der in Redaktionsgeschäften gänzlich Unerfahrenen, die Leitung anbot, schreckte ich vor der Aufgabe zurück. Vor seinem ermutigenden Zuspruch wichen meine Bedenken Schritt für Schritt, seine Darlegungen brachten Klarheit über das neue Arbeitsgebiet mit seinen Anforderungen. „Und schließlich, wenn's not tut, bin ich auch noch da,“ das war das gütige Wort, das meine Zusage entschied. Genosse Diez hat es redlich gehalten. Zwar, er war da, wenn die frischgeborene Redakteurin mit den mancherlei Dingen der Praxis ins Gedränge kam und des Rates, der Unterstützung bedurfte. In nie versagender Einsicht und Opferwilligkeit war er vor allem da, wenn es um die materiellen Lebenserfordernisse des Blattes ging. In seiner Auffassung von der Notwendigkeit und der Aufgabe der „Gleichheit“ ließ er sich weder durch die Verluste langer Jahre irremachen noch durch den gutmütigen Spott der Freunde, daß die Zeitschrift „unter Ausschluß der Öffentlichkeit“ erscheine. Und sein freudiger Glaube an ihr Werk und ihre Zukunft hat gesiegt. Es gibt aber keine Etappe in der Entwicklung des Blattes, die Heinrich Diez nicht gefördert hätte. Sein reicher Schatz an Erfahrungen und seine große Gabe zur Organisierung geschäftlicher Dinge haben jederzeit der Ausgestaltung und Verbreitung der „Gleichheit“ die Straße geebnet. Dabei hielt sich seine Förderung der Zeitschrift stets frei von Schulmeisteri. Nie hat Genosse Diez versucht, die geistige Bewegungsfreiheit, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Redaktionsführung zu binden. Auch dann nicht, wenn unsere Meinungen über die Zeit- und Streitfragen des Parteilebens und damit über die Stellung dazu erheblich auseinandergingen. So müssen die Genossinnen dem Verleger und Genossen Diez herzlichen Dank für alles zollen, was er zum Ausblühen ihres Organs beigetragen hat. Mir aber persönlich ist es eine Ehrenschuld und ein Herzensbedürfnis, auszusprechen, wie tief und dauernd ich mich ihm, dem Verleger und Freund, dafür verpflichtet fühle, daß er mir die Gelegenheit schuf, an einer verantwortungreichen Aufgabe im Dienste meiner Überzeugung zu wachsen und zu werden.

Heinrich Diez hat die Tätigkeit als Verleger in erster Linie als einen Beruf und nicht als ein Geschäft aufgefaßt. Darum hat er ihr einen höheren Inhalt gegeben, sie niemals unter die Ansprüche einer bloßen routinisierten Profitmacherei gebeugt. Darum hat er viel, hat er alles in sie gesetzt, was er persönlich zu geben vermochte, hat er unablässig, bis in die Tage des Alters hinein, um die Kenntnisse und Erkenntnisse gerungen, die das Recht zu Entscheidungen in seine Hand legten. So ist dieser schlichte Sohn des Volkes zu einem innerlich reichen Manne von universeller Bildung im besten Sinne des Wortes herangereift. So konnte er Wertvolles, Bleibendes schaffen, das die geistige Eigenart der deutschen Sozialdemokratie über seine Zeit hinaus prägen hilft. An Heinrich Diez' Wirken hat sich nichts geändert, als er 1905 den Verlag und die Druckerei der Partei unter Bedingungen übergab, die einem Geschenk mehr ähneln als einem Verkauf. Uneigennützig gehört er auf dem alten Arbeitsfeld der Sozialdemokratie, der er auch als politischer Kämpfer dient — seit langen Jahren vertritt er den zweiten Hamburger Wahlkreis im Reichstag. So ist der volle Lorbeer wohlverdient, den die Partei Heinrich Diez zu seinem 70. Geburtstag reicht. Ein Zweig davon — das darf hier nicht verschwiegen werden — gebührt seiner Gattin, gebührt Helene Diez. Welche starke Stütze ihr treues Walten in den schärftsten Stürmen gewesen ist, welche Quelle der Kraft ihre un-

erschöpfliche Güte und sonnige Gerechtigkeit, das steht auf allen Büchern von Heinrich Diez' Lebensgeschichte, und es ist namenlos, aber fruchtbar in sein Lebenswerk eingegangen. Sich dieses Werkes nach manchem dunklen Tage noch recht lange an einem hellen Abend zu erfreuen, das sei den beiden beschieden.

Mara Betkin.

## Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde.

Von Anna Bloß.

VII.

Die Frau in der Schulbehörde. — Unterrichtsstoff und Unterrichtsdrill.

Wie in den Seminaren der Lehrer und Lehrerinnen spielt auch im Unterricht der Volksschulen die Religion die wichtigste Rolle. Es wird keine Rücksicht darauf genommen, ob die Eltern damit einverstanden sind, daß ihre Kinder mit Religion überfüttert werden, ob sie ihre Kinder konfessionslos erziehen wollen. In den Volksschulen besteht der Zwang zum Religionsunterricht, der in den höheren Schulen nicht existiert. Es liegt auf der Hand, daß die Böglinge leicht in Konflikt kommen durch den Widerspruch in den Anschauungen zwischen Haus und Schule. Danach wird aber nicht gefragt. Der Proletarier muß seine Kinder in die Schule schicken, die zu seinem Wohnbezirk oder zu seinem Dorf gehört. Die Kinder der höheren Schulen können die Anstalt wechseln, wenn ihren Eltern aus irgend einem Grunde das darin herrschende System nicht paßt. Der Proletarier soll dankbar sein, daß durch den Schulzwang seinen Kindern überhaupt Gelegenheit geboten ist, etwas zu lernen. Um so wichtiger ist es, daß seine Wünsche in den Schulbehörden energische Vertretung finden.

Das Kind, das zum Beispiel zu Hause nichts von Gebeten hörte, muß als erstes das Schulgebet lernen, das täglich zu Beginn und zum Schlusse des Unterrichtes gesprochen wird. Der Dresdener Lehrer Arzt schreibt über das Schulgebet: „Es ist Schulschluß; die Rangen stiegen auf die Bänke, die Sachen werden geholt. Ein Rärmen. Der Lehrer klopft. Fertigt! Dort noch ein Gespräch, das unterbrochen werden muß, und nun soll auf einmal die Gebetsstimmung da sein.“ Weiter schreibt Arzt: „Wie freuen sich unsere Schüler, wenn der neue Schulplan Geschichte, Erdkunde oder Naturkunde verzeichnet. Welcher Lehrer aber hat ein Kind schon jauchzen hören, wenn auf dem Plane immer und immer wieder Katechismus und Bibelkunde stand? Unsere Schüler sind eben mit Religion totgefüttert worden.“ Wie es mit der Totgefütterung aussieht, zeigen einige Beispiele aus dem Lehrplan verschiedener Schulen. Im Jahre 1902 veranlaßte der preussische evangelische Oberkirchenrat, daß die Zahl der zu lernenden Bibelprüche 150 nicht übersteigen solle. Einige viel verbreitete Religionsbücher enthalten aber 253, ja sogar 327 Sprüche. Ferner verlangt der preussische Oberkirchenrat das Auswendiglernen von sechs Psalmen, zwanzig Kirchenliedern und der fünf Hauptstücke aus Luthers Katechismus. Außerdem wurde der Wortlaut der biblischen Geschichten als religiöser Memorierstoff vorgeschrieben. Im Königreich Sachsen fordert der Lehrplan für die evangelischen Volksschulen die fünf Hauptstücke, 168 Gesangbuchstrophen, 150 Bibelprüche, 35 Choralmelodien und 140 biblische Geschichten. In Württemberg werden sogar 250 Bibelprüche verlangt, von denen nur 75 Sprüche als solche verzeichnet sind, deren Einübung unter besonderen Umständen unterbleiben kann. Dazu kommen 34 Kirchenlieder usw. An der Spitze marschiert Stuttgart, wo ein Volksschüler in sieben Jahren 476 Religionsstunden mehr erhält als ein Berliner, 600 mehr als ein Dresdener, 880 mehr als ein Mannheimer Volksschüler. Der schon erwähnte Pädagoge Diesterweg nannte den Lutherischen Katechismus, dessen fünf Hauptstücke eine so große Rolle im evangelischen Religionsunterricht spielen, „das abstrakteste aller Schulbücher, das jemals geschrieben worden ist. Wer ihn liest und sich nicht entsetzt, wenn er zugleich an das Kind denkt,

das ihn auswendig lernen soll, an dessen Verstand zweifle ich, denn es ist für die Kinder das fürchtbarste aller Bücher.“ Das mechanische Auswendiglernen von Sprüchen und Liedern langweilt Lehrer und Schüler, und ich habe sehr häufig erlebt, daß gerade das Gegenteil von dem eintritt, was man bezweckt. Die Religion wird den Kindern so verleidet, daß sie sich beim Verlassen der Schule ganz von ihr abwenden. Es ist ein echter Christ, Leo Tolstoi, der den Ausspruch tat: „Der Religionsunterricht ist das größte Verbrechen am Kinde.“

Auch in den übrigen Unterrichtsfächern fehlt dem Lehrer jede geistige Bewegungsfreiheit. Der Geschichtsunterricht zum Beispiel steht vollständig unter dem Einfluß des Surrapatriotismus. Die Kinder werden belehrt über die Heldentaten der Könige und Fürsten, über die großen Kriege, die diese führten. Sie erfahren wenig oder nichts über die Männer, die aus dem Volke hervorgegangen sind und für das Volk gelebt und gewirkt haben. Die Reformationszeit mit ihren Dogmenstreitigkeiten wird den Kindern ausführlich beschrieben. Aber der so eng damit zusammenhängende Bauernkrieg wird nur als unbotmäßige Auflehnung des Volkes gestreift. Die Namen so vieler Helden des Bauernkrieges, die Florian Geyer, Jäcklin Rohrbach, Hans Flux, Wendel Spler, die Schwarze Hofmännin und wie sie alle heißen, sind den Böglingen der Volksschule unbekannt. Und doch sind diese Namen für die Kinder des Volkes unendlich wichtiger als die der Fürsten, die sich im Dreißigjährigen Kriege beföhden, angeblich für ihren Glauben, im Grunde aber, um Länderraub zu betreiben und Kirchengüter einzusacken. „Wie lebet ihr in Sage und Geschichte, in Gesang und Rede,“ sagt Wilhelm Zimmermann in seinem „Deutschen Bauernkrieg“, „hätte eure Sache gesiegt oder gehörte sie wenigstens nur nicht der Bauernhütte an!“

Auch von der Zeit der französischen Revolution muß den Volksschülern auf Kommando ein ganz falscher Begriff beigebracht werden. All ihre Schrecknisse hat der Lehrer mit glühenden Farben auszumalen. In einem mir vorliegenden württembergischen Realienbuch heißt es wohl: „Die Ursachen der französischen Revolution lagen in den schlimmen politischen und sozialen Zuständen, die in Frankreich herrschten.“ Dann aber lesen wir weiter: „Aber diese Bewegung artete in entsetzlicher Weise aus, indem sie Schuldige und Unschuldige verwechselte. Die neue gesetzgebende Versammlung kündigte allen Völkern Gleichheit und Freiheit, brachte ihnen aber nur Mord und Raub. Die Häupter der Königsfamilie, des Adels und des gemäßigten Bürgertums fielen unter der Guillotine, und ein entmenschter Pöbel richtete sein Schreckensregiment auf.“ Wie unmenschlich die sogenannten „niederen Stände“ gequält worden waren, wie König, Adel und Geistlichkeit Treubruch über Treubruch geübt und das Volk aufs äußerste gereizt hatten, wie entmenscht die Herrschenden sich zeigten, davon ist nichts gesagt.

Die Befreiungskriege von 1813 und 1814 werden jetzt auch in den Volksschulen mit großem Klambim gefeiert. Aber welchen Anteil das Volk daran hatte, mit welcher Begeisterung es in den Kampf ging, weil es durch ihn auf eine Befreiung nicht nur aus dem französischen Joch, sondern vor allem aus seiner Unfreiheit hoffte, davon ist keine Rede. Wer darf den Kindern sagen, daß es das Volk war, das rief, und daß dann endlich auch der König von Preußen kam? Daß nur durch den Gewaltstreich des Sohnes einer Bäuerin, des Generals York von Wartenberg, der Monarch gegen seinen Willen vom Verbündeten Napoleons zu seinem Gegner wurde? Wird man den Kindern erklären, daß keine der Versprechungen gehalten wurden, die man dem Volke vor dem Kriege gegeben hatte; daß seine Unterdrückung nach dem Kriege größer war als vorher, und daß dadurch die Revolution von 1848 vorbereitet ward? Von dieser Revolution heißt es in dem vorerwähnten Realienbuch: „Während die Märzrevolution vorwiegend in ein wüßtes Durcheinander der untersten Volkskreise ausartete, gingen besonnene und hochgebildete Männer an die Arbeit, auf gesetz-

mäßigem Wege das Ziel der deutschen Einheit zu erreichen.“ So stellt man also den Kindern der Volksschule die Beteiligung ihrer Vorfäter an den Kämpfen von 1848 und 1849 dar, bei denen viele ihr Leben lassen mußten, viele aus der Heimat vertrieben wurden. Es heißt weiter: „Friedrich Wilhelm IV. hat nicht nur die Verfassung, sondern auch andere wohltätige Einrichtungen ins Leben gerufen.“ Warum sagt man den Kindern nicht, daß die Verfassung nicht dem König zu danken ist, sondern denen, die mit Gut und Blut für sie eintraten, und die aus dem Volke hervorgingen? Gerade in der Volksschule sollte der Geschichtsunterricht den Kindern die Entwicklung der Gesellschaft von unten herauf darstellen, nicht aber mit dem Blicke von oben, an der Hand zusammengesetzter Lebensbilder von Fürsten, die mit dem Volke an sich sehr wenig zu tun hatten, es sei denn, daß es eine Einnahmequelle für sie bildete oder ihnen Militär lieferte. Als Vorbilder sollten den Kindern die Männer und Frauen geschildert werden, die sich durch Friedenswerke, durch wirtschaftliche, wissenschaftliche, künstlerische, soziale Verdienste ausgezeichnet haben; das Interesse dürfte nicht auf Kriegshelden gerichtet sein, die nur dem Morden und Zerstören ihren Ruhm verdanken. Statt den Nationalitätenhaß künstlich zu züchten, sollte die Schule den internationalen Zusammenhalt aller Völker als Ideal lehren. Das wäre aber nicht im Sinne der herrschenden Klassen und ist darum den Lehrkräften der Volksschule nicht erlaubt. Die Befoldung — so gering sie ist — und die niedrigen Bildungsziele sind der Grund, daß sich so viele von ihnen in das Joch der Abhängigkeit fügen müssen. Dazu kommt die Überanstrengung durch die überfüllten Klassen. Da ist es denn kein Wunder, daß Zwang, strenge Disziplin und Drill die Erziehungsmittel der Volksschule sind. Ein angesehener Pädagoge hat sie eine Art Zuchthaus der Gegenwart genannt. Die Volksschule ist eine Vorbereitung für den Kasernenhof. Darum spielt auch die Prügelstrafe eine so große Rolle. Man will keine starken freien Menschen als Lehrer, denn man will nicht, daß aus der Volksschule freie Menschen hervorgehen, sondern Sklaven des Kapitalismus, Kanonenfutter, Knechtsseelen.

Die Früchte entsprechen der Methode. Fließend und richtig lesen können längst nicht alle Kinder beim Verlassen der Schule, noch weniger aber können sie ihren Gedanken mündlich oder schriftlich korrekt und formschön Ausdruck geben. Mit dem Rechnen und Schreiben sieht es ähnlich aus. Die Naturwissenschaften werden gröblich vernachlässigt — der Anschauungsunterricht wird in das Schulzimmer verlegt, statt daß man die Kinder hinausführt in Wald und Feld, auf die Straße und in die Werkstätte, Stückwerk bleibt, was die Volksschule gibt, aber wie gesagt: „Zum Kartoffelsammeln lernen die Kinder der Volksschule übergenug.“

## Der Geburtenrückgang in Berlin.\*

1.

Genossin Wurm rät den Proletarierfrauen an, statt die Zahl der Geburten zu beschränken, lieber gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterfrauen anzukämpfen. Daraus könnte man leicht den Eindruck gewinnen, daß Genossin Wurm der Meinung sei, als stehe unseren Genossinnen nur die Wahl offen, entweder das eine oder das andere zu tun. In Wirklichkeit aber ist sich Genossin Wurm sicher darüber klar, daß jene Genossen und Genossinnen, welche die Beschränkung der Kinderzahl empfehlen, nicht nur beide Bestrebungen vereinigt, sondern gerade deshalb die Zahl der Geburten beschränkt sehen möchten, damit die Arbeiterfrauen mehr Zeit und Kraft für den Klassenkampf übrig behalten.

Diese Anschauung ist weder dadurch zu widerlegen, daß

\* Der Artikel der Genossin Schiefinger wurde vor der Debatte in Berlin über den „Gebürtstret“ geschrieben. Sie bittet, das zu beachten, „weil sie nicht gern als Anhängerin jener Idee gelten möchte, die sie in Wahrheit für durchaus verfehlt hält“.

man, wie es im weiteren Verlauf der Diskussion geschehen ist, auf die vielen Frauen hinweist, die keine oder wenige Kinder haben und trotzdem nicht an unserem Kampfe teilnehmen, noch daß man der wenigen gedenkt, die trotz einer großen Kinderfahre das fast Unbegreifliche leisten, noch Zeit und Kraft zur Ausfüllung von Parteifunktionen übrig zu behalten. Auch die eifrigsten Gegner der Geburtenbeschränkung wollen gewiß nicht in Abrede stellen, daß die Zeit und Kraft einer kinderreichen Proletarierin, und nun gar einer solchen, die selbst erwerben muß, in der Regel von ihren zahllosen häuslichen Pflichten so sehr in Anspruch genommen wird, daß sie sich die notwendigste Ruhe und Erholung versagen muß und kaum zum Denken, geschweige denn zum Lernen und Kämpfen Zeit und Kraft behält.

Wer aber diese traurige Tatsache kennt, der kann doch nur entweder wünschen, daß den Arbeiterfrauen die ungeheure, körper- und geistermalmende Bürde abgenommen werde, die eine große Kinderzahl für sie bedeutet, oder er muß auf die Mithilfe der meisten proletarischen Mütter an den Arbeiten und dem geistigen Leben der Sozialdemokratie für so lange verzichten wollen, bis der andere Teil der Arbeiterschaft bessere Lebensbedingungen für die ganze Klasse erobert haben wird.

Und damit wäre es noch nicht einmal getan, denn nicht nur die überlasteten Mütter kinderreicher Arbeiterfamilien selbst könnten nur in verschwindend geringem Maße zu unseren Kämpfen herangezogen werden, sondern auch deren Kinder könnten nur zu oft infolge von schlechter Ernährung und Pflege, ja direkter Verwahrlosung, für welche die Eltern keineswegs verantwortlich zu machen wären, nicht jene Eigenschaften entwickeln, die sie später zu Klassenkämpfern geeignet machen würden. Die Kräfte der Proletarier zu erhalten und zu erhöhen, damit diese im Kampfe bestehen können, das ist doch die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie. Welch entsetzliche Vergewandung leiblicher und seelischer Kräfte liegt aber darin, wenn eine Arbeiterfrau (was ja trotz des Rückganges des Geburtenüberschusses in den letzten Jahren noch immer keine seltene Erscheinung ist) eine große Zahl von Kindern zur Welt bringt, wovon nicht die Hälfte großgezogen und keines ausreichend genährt und gepflegt werden kann!

All das ist gewiß weder neu noch originell, es sind, wenn man es so nennen will, Binsenwahrheiten, aber solange aus ihnen nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen werden, bleibt es uns eben nicht erspart, sie zu wiederholen. Gewiß wäre der Not und Überbürdung kinderreicher Proletariermütter noch auf andere Weise beizukommen als durch Beschränkung der Geburtenzahl. Die organisierte Arbeiterschaft sollte selbst Veranstaltungen treffen, die dieser Aufgabe dienen. Dem System der Arbeitsteilung und dem technischen Fortschritt müßte endlich in das Hauswesen Eingang verschafft werden, wie das ja im Laufe dieser Diskussion schon sehr treffend hervorgehoben wurde. Die Kinder müßten den größten Teil des Tages unter fachkundiger Aufsicht und Leitung verbringen.

Solche Aufgaben aber, deren Lösung von dem Bürgertum in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, wird die organisierte Arbeiterschaft sicherlich nicht ohne die Mithilfe der proletarischen Mütter vollbringen können. Wir bewegen uns hier offensichtlich in einem Zirkel: die Mütter kinderreicher Arbeiterfamilien können in der Regel an der Befreiung ihrer Klasse nicht wesentlich mitarbeiten, würden sie aber die große Mehrzahl der Proletarierfrauen bilden, so könnte ohne ihre Hilfe unmöglich ein Gesellschaftszustand herbeigeführt werden, der kinderreichen Arbeiterfamilien eine gedeihliche Existenz ermöglichte.

Wenn Genossin Wurm schreibt: „Die Einschränkung der Kinderzahl bedeutet einen ganz wesentlichen Verzicht auf Gegenwartsfreuden und Zukunftshoffnung der Werktätigen,“ so möchte ich umgekehrt behaupten, daß Gegenwartsfreuden und Zukunftshoffnung in der Mehrzahl der Fälle nur solchen

proletarischen Eltern beschieden sind, die wenige Kinder haben und darum imstande sind, diese ausreichend zu nähren, zu erziehen und bis zu deren körperlicher und geistiger Reife für sie ganz oder teilweise zu sorgen, daß aber hingegen Arbeiterfrauen, die eine große Zahl von Schwangerschaften und Geburten mit all ihren Folgen von Stellenlosigkeit und Geldmangel, schlaflosen Nächten und gestörter Gesundheit zu ertragen haben, wenig von den Freuden des Lebens wissen. Und welche Hoffnungen können sie in Kinder setzen, die sie weder ausreichend nähren noch gut pflegen und erziehen können und die allzu früh zu körper- und geistigschwächender Arbeit anzuhalten für sie eine herzerreißende Notwendigkeit bedeutet?

Ich bezweifle durchaus nicht, daß es noch viele andere Gesichtspunkte gibt, von denen aus die so sehr komplizierte Frage der Regelung der Geburtenzahl beleuchtet zu werden verdient, und wir haben allen Grund, der Redaktion der „Gleichheit“ dafür dankbar zu sein, daß sie uns über diese wichtige Sache gründlich belehren will. Vielleicht können wir dadurch einer befriedigenden Antwort auf die Frage näher kommen, welche Kinderzahl wohl die am meisten wünschenswerten für die Arbeiterfamilie eines bestimmten Landes zu einer gegebenen Zeit sei. Dabei wären Fragen der Frauenhygiene, der Pädagogik, der Lohnpolitik und sehr viele andere noch eingehend zu erwägen.

Ganz ausgeschlossen aber scheint es mir zu sein, auf Grund der sozialdemokratischen Weltanschauung den Eltern zu empfehlen, es dem blinden Zufall zu überlassen, wie viele Kinder empfangen, unter Beschwerden ausgetragen, unter Schmerzen und Gefahren geboren und im günstigsten Falle mit harten Opfern großgezogen werden sollen.

Die blinden Naturgewalten zu besiegen und den Zufall von möglichst vielen Gebieten auszuschließen, das macht ja nicht nur den wesentlichen Inhalt alles Kulturstrebens, sondern auch noch ganz besonders der sozialdemokratischen Bewegung aus. Daß heute bereits das Maß der menschlichen Fortpflanzung dem Willen der denkenden Menschen unterworfen werden kann, das bedeutet sicher einen technischen Fortschritt von gewaltiger Bedeutung. Noch sind wir leider nicht so weit, die Gesetze zu kennen, nach denen dieser technische Fortschritt mit Sicherheit dem Glücke der Gesamtheit dienstbar gemacht werden kann. Wir müssen es darum noch dem einzelnen überlassen, sich seiner zu bedienen und dadurch seine eigenen Kräfte und die seiner Nachkommen vor Raubbau und nutzlosen Qualen zu schützen. Das darf aber doch kein Grund dafür sein, dem blinden Walten der Naturkräfte ein Gebiet zurückgeben zu wollen, das bereits dem Einfluß des menschlichen Willens erobert worden ist.

Therese Schlefinger.

## II.

Genossin Schlefinger-Eckstein verschiebt völlig die Grundlagen der Diskussion. Den Streitpunkt erwähnt sie überhaupt nicht, nämlich die Frage, die hier in Berlin im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung steht: Soll die Einschränkung der Geburten durch die Partei propagiert werden, als revolutionäre Waffe, als ein neues Mittel des Klassenkampfes? Einer der neuen Propheten, Dr. Bernstein, sagte wörtlich: Waffen im Befreiungskampf der Arbeiterklasse sind: die Geburtenbeschränkung, der Alkoholboykott, der Austritt aus der Landeskirche und — der Generalstreik!

Ganz abgesehen davon, daß auch wohl Genossin Schlefinger kaum geneigt sein dürfte, dieser merkwürdigen „Waffenammlung im Befreiungskampf der Arbeiterklasse“ ihre Zustimmung zu geben, wird auch sie nicht in der großen Kinderzahl die wirkliche Ursache der proletarischen Not erblicken können, sondern in der heutigen Wirtschaftsordnung. Sollten wir unsere ganze Kraft nicht besser auf die Bekämpfung der Uebel legen, die diese Wirtschaftsordnung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zeitigt, statt der Proletarierin eine andere persönliche Lebensgestaltung als Selbsthilfe zu predigen? Das hieße, die Frauen nicht

für den Klassenkampf schulen, sondern das egoistische Prinzip zum Ideal erheben.

Ja, wenn man bis zur äußersten Konsequenz dieser Verantwortung der Geburteneinschränkung gehen will, dann müssen wir schleunigst unser Programm umgestalten, alle sozialpolitischen Forderungen auf besseren Säuglings- und Kinderschutz fallen lassen, damit alle Schwächlinge bald wegsterben. Die Mütter sind ja dann durch die Pflege und Wartung nicht länger behürdet, sie können unbehinderter am Befreiungskampf des Proletariats praktisch teilnehmen. Ja, wir müßten zu Beschwörern der Kriege werden, die die Blüte der Männer einer Nation hinwegraffen und so die Zeugung zahlreicher Kinder verhindern. Wir werden dann zu Neu-Malthusianern, die der Bevölkerungsabnahme das Wort reden, damit der Anteil des einzelnen an dem Reichtum der Gesellschaft und den Kulturgütern größer werde!

Wie irrig eine solche Schlussfolgerung ist, haben Marx, Engels, Kautsky längst nachgewiesen, was Genossin Schlesinger-Gastein ebenso bekannt ist wie mir. Die Verminderung der Zahl der Arbeitsfähigen, sei es durch Geburtenrückgang, durch Krieg oder durch Seuchen, drückt sich gesellschaftlich immer aus durch allgemeinen Niedergang, mag auch die Wohlhabenheit einzelner dabei steigen.

Unsere Aufgabe für den Gegenwartskampf besteht nach meiner Auffassung darin, die Frage der Beschränkung der Kinderzahl dahin zu verweisen, wohin sie gehört: in das eheliche Schlafzimmer und in das Sprechzimmer des Arztes. Im übrigen aber mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die Mütter darüber aufzuklären, daß nicht Mangel an Gütern, sondern die Art ihrer Verteilung die Ursache ihrer Not und ihres Elends ist, und daß die Geburteneinschränkung nie und nimmer ein revolutionäres Kampfmittel sein kann. Mathilde Wurm.

## Die Frau in der Invalidenversicherung.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist der Versicherungszweig, in dem die Frauen am zahlreichsten vertreten sind. Das hat seinen Grund darin, daß diese Versicherung sich schon bisher auf alle gegen Gehalt und Lohn beschäftigten Personen erstreckte. Somit erfaßte er auch alle weiblichen Beschäftigten, wie Hausangestellte usw. Unter den 532 000 Versicherten der Versicherungsanstalt Berlin befinden sich rund 220 000 weibliche Personen. Trotz allem besaßen seither die Frauen kein Mitwirkungsrecht bei der Durchführung der Versicherung. Die Gleichstellung mit den Männern in der Verwaltung wurde erst von der Reichsversicherungsordnung gebracht.

Freilich ist es mit dem Anteil der Versicherten an der Verwaltung der Invalidenversicherung eine eigene Sache. Zunächst ist diese Verwaltung äußerst bürokratisch organisiert, so daß ein entscheidender Einfluß der Versicherten ausgeschlossen ist. Sodann ist der Kreis der Aufgaben und Befugnisse der Verwaltungsorgane ein recht beschränkter.

Jede der 31 Landesversicherungsanstalten, die immer für große Gebietsteile errichtet sind, muß einen Ausschuß besitzen. Er besteht je zur Hälfte aus Vertretern der beteiligten Arbeitgeber und Versicherten und zählt mindestens zehn Mitglieder. Diese werden von den Vertretern bei den Versicherungsämtern des Bezirkes der Versicherungsanstalt gewählt, und zwar getrennt je von Arbeitgebern und Versicherten. Für jeden Vertreter werden mindestens zwei Ersatzmänner gewählt; sie ersetzen ihn, wenn er verhindert ist, sein Amt auszuüben, und treten für ihn ein, wenn er ausscheidet. Da das Gesetz einfach nur von Vertretern der „Arbeitgeber“ und „Versicherten“ redet, so können als solche auch Frauen gewählt werden. Allerdings ist dazu dieses zu bemerken: Die Wähler, nämlich die Vertreter bei den Versicherungsämtern, sind ausschließlich Männer, weil ja die Frauen von der Ver-

tretung in den Versicherungsbehörden gänzlich ausgeschlossen wurden. Es müssen also die Frauen, die in den Ausschuß der Versicherungsanstalt kommen sollen, von Männern gewählt werden. Ob das je geschieht und oft geschieht, scheint zweifelhaft. Dem Ausschuß bleibt vorbehalten, den Haushaltsplan festzusetzen, die Jahresrechnung abzunehmen, die Satzung zu ändern und die nichtbeamteten Mitglieder des Vorstandes der Versicherungsanstalt zu wählen.

Der Vorstand verwaltet die Versicherungsanstalt, soweit Gesetz oder Satzung nichts anderes bestimmt. Er hat die Eigenschaft einer öffentlichen Behörde. Seine Geschäfte führen ein oder mehrere Beamte des Bundesstaats, für den die Versicherungsanstalt errichtet ist. Diese Beamten werden von der Landesbehörde bestellt, die auch den Vorsitzenden bezeichnet. Als nichtbeamtete Mitglieder gehören dem Vorstand Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in gleicher Zahl an. In der Regel sitzen im Vorstand zwei bis drei Vertreter der Arbeitgeber und ebensoviel der Versicherten. Ist die Zahl der beamteten Mitglieder größer als die Zahl der vom Ausschuß gewählten nichtbeamteten (was bei den meisten Versicherungsanstalten der Fall ist), so scheiden bei der Beschlusfassung so viel beamtete Mitglieder aus, daß die nichtbeamteten Mitglieder in der Mehrzahl sind. Besteht zum Beispiel der Vorstand, wie in Berlin, aus zusammen sechs Vertretern, so dürfen an einer Beschlusfassung höchstens fünf der von der Behörde eingesetzten beamteten Vorstandsmitglieder teilnehmen. Die Versicherten sind bei der Art der Zusammensetzung des Vorstandes immer in der Minderheit; sie werden — von Ausnahmefällen abgesehen — stets die Arbeitgebervertreter und die Beamten gegen sich haben.

Auch zu Vorstandsmitgliedern können Frauen gewählt werden, und zwar sowohl zu den beamteten als auch zu den nichtbeamteten. Auch für den gesamten Vorstand der Landesversicherungsanstalten muß § 12 der Reichsversicherungsordnung gelten, wonach zu den Organen der Versicherungsträger alle „volljährigen Deutschen“ gewählt werden können. Allerdings wird es wohl nicht vorkommen, daß die Landesbehörde eine Frau zum beamteten Vorstandsmitglied einsetzt. Und wenn es die Frauen erreichen wollen, daß eine von ihnen zum nichtbeamteten Vorstandsmitglied gewählt wird, so werden sie eine energische Agitation bei den Wählern, also den erwähnten Ausschußmitgliedern betreiben müssen.

Welche Aufgaben haben nun die Vertreter der Versicherten, insbesondere die Frauen, in der Verwaltung der Invalidenversicherung zu erfüllen? Leider kann hier nicht allzuviel aufgeführt werden. Die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind meist genau durch das Gesetz begrenzt. Sie sind gewiß sehr kläglich; man denke nur an die Witwenrenten von 70 Mk. und die Waisenrenten von 35 Mk. und noch weniger pro Jahr. Aber die Verwaltungsorgane der Versicherungsanstalten sind demgegenüber ohnmächtig. Die Wartezeit für den Eintritt des Rentenbezugs, die Höhe der Renten usw., all dies ist genau durch die Reichsversicherungsordnung bestimmt.

Einige Bewegungsfreiheit haben allerdings die Verwaltungsorgane in wenigen Angelegenheiten. Zunächst in der Auslegung des Begriffs der Invalidität, das heißt in der Beurteilung der Frage, ob die einzelnen Rentenbewerber tatsächlich im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen erwerbsunfähig sind. Diese Bestimmungen sind außerordentlich dehnbar. Seit einigen Jahren hat auf dem Gebiet der Invalidenversicherung eine große Rentenquetscherei eingesetzt. Die Zahl der bewilligten Invalidenrenten ist gewaltig zurückgegangen; manche Versicherungsanstalt gewährt jetzt nur noch halb soviel Invalidenrenten wie vor etwa acht Jahren. Das hat seinen Grund nur in der veränderten Anwendung der gleich gebliebenen gesetzlichen Bestimmungen. Es muß heute ein Versicherter schon halbtot sein, ehe man ihm ohne Kampf die Invalidenrente bewilligt. Aber auch hiergegen sind die Vertreter der Versicherten macht-

los. Wie wir oben gesehen haben, werden die laufenden Geschäfte des Vorstandes von dessen beamteten Mitgliedern geführt. Die Vertreter der Versicherten können wohl ihren Unwillen äußern und sonst auf die betreffenden Herren einwirken, damit ist aber ihre Tätigkeit erschöpft.

Ähnlich verhält es sich auch mit der Durchführung der Heilverfahren. Nach § 1269 der Reichsversicherungsordnung kann die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren in einer Heilanstalt oder sonstwie einleiten, um die Invalidität abzuwenden, die infolge einer Erkrankung eines der Versicherten oder einer Witwe droht. Die Zahl der zu übernehmenden Fälle, die Art der Heilbehandlung usw. liegt also ganz im Belieben der Versicherungsanstalt. Durch Beschlüsse des Ausschusses und Vereinstellung höherer Summen für solche Zwecke im Haushaltsplan kann der Vorstand angespornt werden, Heilverfahren in größerem Umfang durchzuführen. Wie hoch die Familienunterstützung für die Angehörigen der in Heilanstalten Untergebrachten ist, das unterliegt auch im einzelnen Falle der Beschlussfassung des Vorstandes der Versicherungsanstalt. Das Gesetz setzt hierfür nur einen Mindestbetrag fest, über den aber nach Bedarf hinausgegangen werden kann.

Ein Feld für die Erweiterung der Fürsorge bildet auch die Invalidenhauspflege, wie sie in § 1277 der Reichsversicherungsordnung festgelegt ist. Danach kann die Satzung der Versicherungsanstalt den Vorstand ermächtigen, den Rentenempfänger auf Antrag in einem Invaliden- oder Waisenhaus oder einer ähnlichen Anstalt unterzubringen und dazu die Rente ganz oder teilweise zu verwenden. Diese Art der Unterbringung von Invaliden ist jedenfalls eines großen Ausbaus fähig. So mancher alleinstehende Invalidenrentenempfänger oder manche Witwe würde gern in eine menschenwürdige Unterkunftsanstalt gehen und dort den Lebensabend beschließen. Die Versicherungsanstalten können mit ihren reichen Mitteln selbst Invalidenheime unterhalten und zweckentsprechend einrichten. Vielfach ist das auch geschehen; verschiedene Versicherungsanstalten besitzen sogar zwei solcher Heime, eines für Männer und eines für Frauen. In manchen Bezirken, so in Berlin und im Königreich Sachsen, ist es aber auch noch recht unzulänglich mit der Invalidenhauspflege bestellt.

Einige Vorteile für die Versicherten können ferner auch bei der Verleihung der großen Kapitalien erwirkt werden, über die die Versicherungsanstalten verfügen. Es ist angängig, daß diese bis zu einem gewissen Teile zu Zwecken und Veranstaltungen hergegeben werden, die der „versicherten Bevölkerung zugute kommen“. Die Versicherungsanstalten haben deshalb damit begonnen, die verwalteten Gelder zum Bau von Arbeiterwohnungen, Ledigenheimen, Volksbädern, Krankenhäusern usw. zu verborgen. Mitunter sind sie aber dabei recht engherzig gewesen.

Im großen und ganzen läßt also das starre System der Invalidenversicherung und ihre bürokratische Verwaltung nicht viel Bewegungsfreiheit für sozialpolitisches Streben. Aber gleichviel — die Versicherten sind zugelassen zur Mitwirkung bei der Durchführung der Einrichtung, und wo Rechte sind, müssen sie auch ausgeübt werden. Es gilt auch, das Wenige voll den Versicherten dienstbar zu machen, das durchgeführt werden kann.

Fr. Klees.

### Kein Gegensatz, Zusammenwirken.

Ich kehrte nach längerer Abwesenheit in die Heimat zurück. Bald suchte ich die Freunde im Parteibureau auf. Dort fragte ich nach allem, was mich interessierte. Zu meinen ersten Erkundigungen gehörte: „Was machen unsere Frauen? Geht die Bewegung voran? Wird fleißig bei ihnen gearbeitet?“

Der Parteisekretär zog ein Gesicht, wie es manche Sekretäre ziehen, wenn von den Frauen die Rede ist. Er kratzte sich hinterm Ohr und zeigte auf eine Mappe mit Briefen: „Da können Sie lesen, was die Frauenbewegung macht. Eben

ist ein Brief angekommen, worin mir eine Frau schreibt: sie will sich und ihre Kinder umbringen, wenn ihr Mann noch länger für die Partei arbeitet. ... Der Mann ist ein prächtiger Mensch — war unser Vertrauensmann — — —“

„Was? Das kann doch nicht sein?“

„Lesen Sie doch! Da liegen die beiden Briefe und meine Antwort dazu.“ Wirklich, da stand es schwarz auf weiß! Im ersten Briefe drohte die Frau, daß sie die Annahme von allem verweigern werde, was aus dem Parteibureau für ihren Mann ankomme. Da ihr Mann jetzt wieder Arbeit gefunden habe, wolle sie auf keinen Fall, daß er noch für die Partei arbeite. „Verschonen Sie mein Haus mit Ihren Giftblättern,“ schrieb sie.

In der ruhigen, freundlichen Antwort des Parteisekretärs hieß es: „Gerade unsere Partei will den Arbeitern helfen und tut auch dazu das Menschenmögliche, und Sie stoßen diese Hilfe von sich, Sie, als die Frau eines Arbeiters, der so schwer ringen muß, um sich und die Seinen ehrlich durchzubringen. ... Besuchen Sie doch einmal am Sonntag unsere Versammlung, und wenn Sie dort Schlechtes hören, sollen Sie recht haben.“ ...

Die Frau hatte darauf geantwortet: „Abermals fühle ich mich gezwungen, einige Zeilen an Sie zu richten. Ihren Brief habe ich erhalten. Ich sehe auch ein und habe es nie bestritten, daß Sie in verschiedenen Sachen recht haben, und daß auch dafür gearbeitet werden muß. Aber da mein Mann im Februar den Posten schon drei Jahre hat, denke ich, daß auch mal jemand anders ihn übernehmen könnte, was er ja auch schon mehrere Male mir versprochen hat. Und da sein Vater starb, hat er es seiner Mutter in die Hand versprochen, daß er Ihnen die Sachen zurücksenden wollte. Aber bis jetzt hat sich noch keiner gefunden, der den Posten übernimmt, und wenn unter Tausenden von Menschen keiner die Arbeit tun will, und es wird einer herausgezogen, der nicht Nein sagen kann, das ist in meinen Augen ein dummer Junge, anderer Leute Hohn ist das. Ich schäme mich, über die Straße zu gehen — deshalb. Es ist für mich kranke Frau das reinste Gift und unsere Zwietracht Tag und Nacht. Deshalb, wenn Sie nicht direkt einem anderen den Posten geben können, seien Sie versichert, daß eine dreiköpfige Familie auf Ihr Gewissen kommt. Denn diesen Ärger und diese Scham kann ich nicht länger leiden. Die Herren von der Beche haben mir zugesichert, wenn mein Mann für die Partei arbeite, könnten sie ihn nicht gebrauchen, und das sollte in den wenigen Jahren schon das drittemal deswegen sein. Die Schande will ich nicht erleben. Ich habe einen festen Entschluß: entweder eine friedliche Familie oder gar keine.“ ...

Ich war ganz entsetzt. „Der Mann hat also seinen Posten niedergelegt?“

„Natürlich! Was sollten wir denn machen! Wie gern er auch für uns gearbeitet hat, wir mußten doch jetzt einen anderen nehmen. Ja ja, die Weiber. ... Und so was soll einem nun Lust zum Arbeiten machen!“

Ich versuchte eine schwache Verteidigung: „Die Weiber? Hat der Mann nicht auch Schuld, wenn die Frau, seine Frau, so haarsträubend unaufgeklärt bleibt? Und Ihnen, uns allen die Arbeit verleidet? Solches Vorkommnis ist doch ein Ansporn, zeigt gerade, wie bitter notwendig das Weiterarbeiten ist.“

Der Fall beschäftigte mich innerlich weiter. Der Brief zeigt etwas Verbreitetes, sieht man von dem angedrohten exaltierten Entschluß der Schreiberin ab, der bestätigt, was diese selbst sagt, daß sie eine kranke Frau ist. Aus dem Briefe spricht eine Denkweise, der wir leider noch oft bei Arbeiterfrauen, auch bei Frauen von Parteigenossen begegnen.

Warum muß gerade mein Mann diese Arbeit für die Partei verrichten und nicht ein anderer? so meinen viele Proletarierinnen. Und ihrem Manne, der nach der Last der Tagesarbeit noch freiwillig der Sache dient, die er für gerecht und gut hält, setzen sie zu: „Warum mußt du denn das tun, gerade immer du und kein anderer?“ Der Mann kommt von der

Arbeit und begehrt schnell das Essen, weil er wieder fort muß, irgend eine notwendige Arbeit für die Partei erledigen. Unfreundlich schiebt die Frau die Schüsseln vor ihn hin und verleidet ihm durch mürrisches Wesen das kurze Zubausein. Der Mann fühlt sich nach der ungemütlichen Mahlzeit froh und wohl draußen im Kreise der gleichgesinnten Kameraden, und die unfreundliche Wirtsstube wird ihm ein freier, friedlicher Aufenthalt. Keine Behaglichkeit, kein liebevolles Wort lockt ihn zurück in die Wohnung. Die Frau, die ihren Mann durch Vorwürfe und Unzufriedenheit in der engen Welt ihrer dumpfen Küchenstube festhalten will, erreicht gerade das Gegenteil: sie treibt ihn hinaus.

Nun aber zur Frage, die so viele Frauen in geistiger Gebundenheit stellen: „Warum muß gerade mein Mann das für die Partei tun?“ Da ist zunächst zu antworten: Wenn alle Frauen so dächten und alle Männer sich nach diesen verständnislosen Frauen richteten, wo wären dann überhaupt noch Männer, die für die Partei arbeiten könnten und wollten? Und dann: Es ist die erste, einfachste Pflicht eines jeden Arbeiters, die Partei zu unterstützen, die für die Interessen aller Arbeiter kämpft; es ist heilige Pflicht eines jeden, zu tun, was sie an Arbeit verlangt. Wenn ich sehe, daß jemand für mich kämpft, helfe ich ihm dann oder mache ich es ihm schwer, für mich zu kämpfen? Ich helfe ihm doch selbstverständlich! Nun, die Sozialdemokratie kämpft für das große heilige Werk der Befreiung der Arbeiterklasse, kämpft für die Hebung ihrer Lage schon heute. Und wer die Arbeit für sie — die sich auf Tausende und aber Tausende verteilt — hemmt oder wer einem anderen diese Arbeit erschwert, der lähmt den Kampf, dessen Erfolge uns allen, allen zugute kommen sollen.

Gewiß, wir sozialistischen Frauen verlangen von allen Männern, die heute zur Sozialdemokratie stehen, daß sie ihre Frauen zu anderer Überzeugung erziehen, als wir sie gekennzeichnet haben. Aber wir müssen auch zugeben, daß dort, wo die Frau allein deswegen zürnt und schilt, weil ihr Mann für die Partei arbeitet, der Proletarier ein schweres Kunststück leisten muß, will er die Gattin zu seiner Gesinnungsgenossin machen.

Es galt und gilt im allgemeinen als ein Grund für das mindere Verständnis der Frau an den öffentlichen Dingen, daß das Leben dem Manne draußen im harten Daseinskampf die sozialistischen Ideen einpaukt, während die Frau das große Einmaleins der kapitalistischen Ordnung kaum zu hören bekommt. Aber dieser Entschuldigungsgrund schwindet immer mehr. Er ist für die proletarischen Frauen von heute gar nicht mehr da, seit die Teuerung in unserer Küche hoert und nicht weichen will, seit das Leben erfüllt ist vom Lärm der Kriegsgesahr. Die Dinge unserer Zeit erreichen das Ohr der schüchternsten Proletarierin und mühten sie, wenn sie ihre Pflichten als Mutter und Hausfrau begriffe, aus ihrer Gleichgültigkeit aufscheuchen und zur Kämpferin in den Reihen der Sozialdemokratie machen!

Mehrere Tage kam mir der eingangs erwähnte Brief der Arbeiterfrau immer wieder in den Sinn und verstimmt mich. Bis ich aus einem anderen Orte des Kreises von einem anderen Vorfall hörte: dort hatte eine Genossin sich von ihrem Manne getrennt, weil er sie in ihrer Betätigung für die Partei hemmte. Die tapfere — nicht mehr junge — Frau schafft jetzt selbst den Unterhalt für sich und ihre Kinder. Nur um den täglichen Anfeindungen ihrer Ideen, dem fortgesetzten Widerstand gegen ihre Arbeit in der Partei zu entgehen, verließ sie ihr Heim. Wie erfreut die schlichte Größe und der Mut dieser Arbeiterin!

So zeigte mir das Leben in unverhüllter Form in wenigen Tagen über Kreuz bald beim Weibe und bald beim Manne tapferen, unbeirrten Sinn im Gegensatz zu rückständigem Fühlen und Denken. Und ich frug mich: Muß dieser Gegensatz im Schoße der Arbeiterfamilie sein? Nein und abermals nein. Das Familienleben, das gute Verhältnis von Mann und Frau in der Ehe braucht durch die Tätigkeit in der Partei

durchaus nicht zu leiden. Die Frau kann den Mann und der Mann die Frau unterstützen, wo nicht beide zugleich tätig sein können in freiwilliger, ehrenvoller Arbeit für die Partei. Es ist gewiß, daß jedes Zusammenleben durch solche Arbeit, durch solche Unterstützung schöneren, reicheren Inhalt erhält. Hunderttausende von Beispielen lehren, wie sehr das Vereintsein an Liebe und Innigkeit gewinnt, wo Mann und Frau, von der gleichen Idee erfüllt, Schulter an Schulter kämpfen für das hohe Ziel des Sozialismus. R. W.

## Aus der Bewegung.

Die Beteiligung der Genossinnen am Parteitag zu Jena läßt die fortschreitende Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung erkennen. 31 Genossinnen wohnten den Beratungen bei, davon 28 als Delegierte, die von ihren Parteiorganisationen das Mandat erhalten hatten. Aus allen großen Zentren der sozialistischen Bewegung von Königsberg und Breslau bis an den Rhein, von Kiel und Lübeck bis Nürnberg waren Genossinnen mit der Vertretung der Parteinteressen betraut worden. Genossin Zieg nahm als Mitglied des Parteivorstandes an der sozialdemokratischen Jahrestagung teil, Genossin Zetkin als Mitglied der Kontrollkommission, Genossin Baader als Gast. Dem Bureau des Parteitags gehörte als Schriftführerin Genossin Reiche an, Genossin Kahner wurde in die Mandatprüfungskommission gewählt, Genossin Agnes in die Beschwerdekommision. Genossin Ryned befürwortete, daß die „Gleichheit“ durch populäre Artikel auch den neugeworbenen, noch ungeschulten Genossinnen lieb gemacht werden solle. Für die Ausdehnung und Verbesserung des gesetzlichen Kinderschutzes trat Genossin Zieg beredt ein. Genossin Grünberg wies eindringlich auf die Notwendigkeit, die freie Jugendbewegung zu fördern, hin. Im dichtesten Angelegen der Auseinandersetzungen über den Massenstreik und die Steuerfrage kämpfte Genossin Luxemburg, sie begründete ein Amendement zu der Resolution des Parteivorstandes im Falle Mabel. Zur Massenstreikfrage sprach Genossin Zetkin. Wir haben bereits an anderer Stelle darüber berichtet, daß die weiblichen Delegierten des Parteitags eine Resolution einbrachten, die die Veranstaltung eines Frauentags für 1914 forderte. Es lag in der Natur der Sache, daß die Forderung besonders von Genossinnen begründet wurde. Es ergriffen dazu das Wort die Genossinnen Reiche, Brandenburg, Reichert, Zieg, Zetkin, Grünberg und Arndsee. Ihre Ausführungen haben zu dem guten Erfolg der Sache beigetragen. Erfreulich ist die Sicherheit und Gewandtheit, mit der die jungen Genossinnen in die Debatte eintrifften. Der Parteitag wählte wieder Genossin Zieg in den Parteivorstand, Genossin Zetkin in die Kontrollkommission. Die Genossinnen werden allerorts mit gehobenem Mut und frischer Begeisterung an die Aufgaben gehen, die die Jenaer Beratungen der Sozialdemokratie aufgegeben haben.

**Tätigkeitsbericht der Genossinnen im Reichstagswahlkreis Mannheim.** Da der Beschluß des Chemnitzer Parteitags bestimmte, daß fortan das Geschäftsjahr früher als bisher abschließen muß, so erstreckt sich unser Bericht heuer nur über neun Monate. Dank dem Eifer der tätigen Genossinnen können wir trotz der kurzen Berichtszeit Fortschritte melden. Es fanden in ihr 4 Versammlungen der weiblichen Mitglieder unserer Parteiorganisation statt und 9 öffentliche Frauenversammlungen. Außerdem wurden in einzelnen Bezirken und Ortschaften besondere Diskussionsabende für die Genossinnen veranstaltet. Am 4. März, unserem Frauentag, referierte Genossin Böttger. Der Besuch der Versammlung war gut, wir konnten weibliche Mitglieder aufnehmen und eine große Anzahl Frauenwahlrechtszeitungen verbreiten. Die proletarischen Frauen wurden zum Kampfe gegen den Militarismus in einer öffentlichen Versammlung aufgerufen, deren Tagesordnung lautete: „Rüstungsstieber und neue Steuerbelastung.“ 7 Versammlungen, 4 davon in Stadt- und 3 in Landbezirken, dienten der Agitation für die Zweite der Kinderschutzkommission. Hier referierte Genossin Hoffmann, und ihre trefflichen Ausführungen kamen nicht nur dem Kinderschutz zugute, sondern brachten auch der Partei 50 Mitglieder. Beschreibende Vorträge bei den Zusammenkünften der weiblichen Mitglieder sorgten für die Schulung der Genossinnen. Außerdem hatten diese Gelegenheit, an den Veranstaltungen teilzunehmen, die der Bildungsausschuß organisierte. An einem Kursus von 8 Vorträgen über die neue Reichsversicherungsordnung beteiligten sich 8 Genossinnen,

6 Genossinnen folgten einem Kursus über „Volkswirtschaftliche Grundbegriffe“, mehrere Genossinnen besuchten die Vorträge, die „Die Reichsverfassung und die badische Verfassung“ behandelten. Die weite Entfernung macht es manchen organisierten Genossinnen unmöglich, die allgemeinen Mitgliederversammlungen zu besuchen. Daher finden in jedem der vier Stadtbezirke nebst den Vororten Zusammenkünfte mit Vorträgen statt, beziehungsweise Les- und Diskussionsabende. Diese Veranstaltungen haben ihre eigenen Vorsitzenden und Schriftführerinnen. Die tätigen Genossinnen arbeiteten mit den Genossen zusammen. Die gemeinsamen Agitationsarbeiten wurden in 2 allgemeinen Komiteesitzungen besprochen, an denen sich 50 bis 60 Genossinnen beteiligten, ferner in 8 Sitzungen der Bezirksvorsitzenden sowie in mehreren Sitzungen der Einzelbezirke. Auch bei größeren Tagungen fehlten die Genossinnen nicht. Zu 3 Wahlkreis-Konferenzen wie zu dem badischen Parteitag wurden mehrere weibliche Delegierte entsandt. Die Genossinnen waren im Landes-, Kreis- und Ortsvorstand vertreten, ebenso im Jugendbildungsausschuss, sie arbeiten in mehreren städtischen Kommissionen mit. An den Arbeiten und Ferienpaziergängen der Kinderschulkommission beteiligten sich über 80 Genossinnen. Ein Kinderfest Anfang Dezember vereinigte mehr als 1000 fröhliche Knaben und Mädchen. Jedes Kind erhielt am Schlusse ein kleines Geschenk. Unter Führung des Genossen Wötger besichtigten wir die Lungenheilstätte Mannheim, wo uns Oberarzt Dr. Harms einen Vortrag über Lungentuberkulose hielt. Die Genossinnen haben in den verfloffenen 9 Monaten alles getan, unsere proletarische Frauenbewegung im Kreis Mannheim zu fördern. Statt 868 zählen wir nun 985 weibliche Mitglieder. Dieser Erfolg ist der beste Dank für alle Genossinnen, die bei der oft recht mühseligen Werbearbeit geholfen haben. Im neuen Geschäftsjahr haben wir die Aufgabe, in den Landorten eine eifrige Tätigkeit zu entfalten, damit auch dort unsere Frauenbewegung festen Fuß faßt. Mit frischem Mut und Begeisterung werden wir an die Arbeit gehen.

**Bericht über die Les- und Diskussionsabende der Genossinnen in Linden bei Hannover.** Wie vorteilhaft unsere Zusammenkünfte zur Schulung der Genossinnen sind, zeigt sich immer mehr. Zu Anfang unserer Les- und Diskussionsabende trat ja manche unangenehme Erscheinung zutage, und Gegensätze machten sich bemerkbar. Allein im Laufe der Zeit hat sich ein sehr gedeihliches Zusammenarbeiten herausgebildet, und immer klarer wird es, wie unentbehrlich diese Zusammenkünfte für den Zusammenhalt und die Bildung der Genossinnen sind. Es treten in der Partei viele Aufgaben an die organisierten Frauen heran, die nur gut durchgeführt werden können, wenn sie vorher von geschulten Kräften durchberaten worden sind. Eine bessere Aufklärung über Fragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens ist eine Wirkkraft für die erfolgreiche praktische Mitarbeit der Genossinnen, wie sie im Interesse der ganzen Partei liegt. Unsere Les- und Diskussionsabende brachten Aussprachen über solche Fragen. In unseren Zusammenkünften wurden außerdem Vorträge gehalten über Kinderarbeit und ihre Bekämpfung, Jugendpflege, Steuern, Bälle und Einfuhrprämien, die Frau in der Gemeinde, die Frau und der Sozialismus usw. Die Landtagswahlen beschäftigten die Genossinnen, die denn auch bei der Wahl selbst gute Dienste geleistet haben. Die größte Freude hatten die Genossinnen an den Ferienwanderungen mit den Schulkindern. Hierbei zeigte es sich, wie unentbehrlich und wertvoll die Mitarbeit der Frauen war. Was da von unseren Genossinnen geleistet worden ist, das hat gar manchen Genossen belehrt und belehrt, der behauptete, innerhalb der modernen Arbeiterbewegung bedürfe man der Mitwirkung der Frauen gar nicht. Aber die Ferienwanderungen selbst ist schon berichtet worden. Es sei hinzugefügt, daß Genossinnen, die jahrelang nicht gesungen und gespielt hatten, bei Spiel und Gesang der Kinder wieder jung wurden und sich mit den Kleinen um die Wette tummelten. Am Abend erklärte manche Helferin: „Wir sind die Weine wie abgeschlagen,“ und doch, wenn der nächste Wandertag kam, war sie wieder am Platze. Bei der Schlussfeier klagte wohl ein oder das andere Kind, daß es nächstes Jahr die schönen Wanderungen nicht mehr mitmachen könne, weil es Ostern aus der Schule käme. Natürlich verwiesen dann die Genossinnen auf die Fortsetzung unserer Bestrebungen, der proletarischen Jugend zu dienen: unsere freie Jugendvereinigung. Die erste Zusammenkunft der Genossinnen nach den Sommerferien brachte eine Beratung über die künftige Arbeit. Sie gab dem guten Willen der Frauen Ausdruck, alles daranzusetzen und jedes Opfer gern zu bringen, um die große Sache des Sozialismus zu

fördern. Wenn es heißt, es muß agitiert werden von Haus zu Haus, damit Mitglieder für die Partei, Leserinnen und Leser für die lokale Presse und die „Gleichheit“ geworben werden, werden sie wie bisher zur Stelle sein. Es soll der Stolz der Genossinnen bleiben, große Erfolge zu erringen. Elise Evers.

**Ferienausflüge für Arbeiterkinder in Kiel.** Zum erstenmal hat die Kinderschulkommission in Kiel während der diesjährigen großen Ferien Ausflüge für proletarische Kinder veranstaltet. Die Beteiligung daran war wider Erwarten groß. Die Veranstaltungen sollten einige frohe Stunden den Kindern bereiten, deren Eltern es an Zeit und Mitteln fehlt, für schöne Ferienwochen zu sorgen. Damit die Ärmsten sich nicht scheuen möchten, an den Ferienausflügen teilzunehmen, war gleich von vornherein bekanntgegeben worden, daß die Kinder in ihren Alltagskleidern kommen sollten. Ebenso durften sie kein Geld, keinen Kuchen oder andere Naschereien mitbringen. Damit wollte man noch dem vorbeugen, daß eine gewisse Scheidung zwischen den kleinen Ausflüglern eintrete und daß etwa Kinder ohne gute Garderobe und Geld über die Achsel angesehen und etwa zur Zielscheibe des Spottes begünstigter Kameraden würden. Die Kommission sorgte für die Labung der Kinder, ebenso wurden auch die Dampferfahrten von ihr bezahlt. Die Mittel dafür hatte sie auf Ansuchen von den einzelnen Organisationen erhalten. Binnen kurzer Zeit konnte die Kommission 783,30 Mk. zusammenbringen. Es wurden 15 Ausflüge ins Freie unternommen, woran sich insgesamt 4269 Kinder beteiligten. Dazu kamen noch drei große Dampferfahrten nach dem Friedrichsorter Strand, sie kamen zusammen 2593 Kindern zugute. Eine genügende Zahl freiwilliger Helfer und Helferinnen stand der Kommission zur Seite. So konnten mit den Kindern Spiele aller Art durchgeführt werden. Der erste Erfolg wird die Kommission veranlassen, die Vorarbeiten für die Veranstaltungen des nächsten Jahres rechtzeitig zu beginnen und auch für genügende Geldmittel zu sorgen. Unsere Ferienausflüge sollten weiter ausgestaltet werden und noch mehr Kindern zugute kommen. o. f.

### Politische Rundschau.

Die dritte Septemberwoche ist gekennzeichnet durch die Namen Jena und Leipzig. In Jena fand der sozialdemokratische Parteitag statt, in Leipzig tagten der Zentralverband deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen. In Jena hielten die politischen Organisationen der Klassenbewußten deutschen Arbeiter Kriegsrat, in Leipzig die beiden stärksten Organisationen ihrer Ausbeuter. In Leipzig, im Lager der Ausbeuter, ging der Geist der Völkerschlacht um. In konzentrischen wuchtigen Stößen ging's zum Generalangriff gegen die Arbeiterklasse.

Der Zentralverband deutscher Industriellen umfaßt rund 55 000 Mitglieder. Den Kern seiner Truppe bildet die sogenannte schwere Industrie, jene wirtschaftlich konzentrierteste, mächtigste und reaktionärste Schicht der deutschen Kapitalisten. Die Regierungen Sachsens und Preußens waren durch hohe Beamte auf der Tagung des Zentralverbandes vertreten, um dort die brüskten Befehle ihrer tatsächlichen Gebieter entgegenzunehmen. Friedrich August König von Sachsen versicherte den versammelten Scharmachern zu allem Überfluß, „daß die Ziele des Zentralverbandes stets mit Laikraft durchgeführt werden sollen“. Welches sind die Ziele, die dort gesteckt wurden? Nichts weniger als die gänzliche Niederwerfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Zu diesem Zwecke hat sich, wie auf der Tagung verkündet wurde, der Zentralverband mit dem Bunde der Landwirte und dem Reichsmittelstandsverband zu gemeinsamem Wirken verbündet. Die ersten Fäden zwischen diesen drei Verbänden wurden geknüpft auf dem zweiten westdeutschen Mittelstandstag, der im Mai zu Essen stattfand. Im Juli fand eine Besprechung zwischen der Geschäftsleitung des Zentralverbandes, Vertretern des Bundes der Landwirte und der christlichen Bauernvereine und endlich Vertretern des reichsdeutschen Mittelstandstages statt, um die grundsätzlichen Fragen festzulegen, in denen Gemeinsamkeit der Interessen besteht. Schwere Industrie, Großgrundbesitz, Bauern und Handwerker haben sich daraufhin zusammengeschlossen zum „Kartell der schaffenden Arbeit“. Und die Arbeit, die dieses Kartell gemeinsam schaffen will, ist: „die Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung, die Einschränkung der sozialpolitischen Gesetzgebung, die Einschränkung der Streiks und Boykotts“. Was diese Forderungen bedeuten, das wurde taghell beleuchtet durch einen einstimmig vom Zentralverband angenommenen Antrag, worin dieser für seine Pflicht erklärt, „auf dem Gebiet der Sozialpolitik einzutreten für die Aufrecht-

erhaltung der Autorität des Arbeitgebers und für einen wirklichen Arbeitwilligenschuß". Das ist das Zucht hausgesetz! Eine Ausbeuterkoalition, mächtiger als irgend eine zuvor, hat sich zusammengeballt, um endlich den Nacken der deutschen Arbeiter unter dieses infame Joch zu beugen. Der Henker steht vor der Tür! Die liberalen Parteien im Reichstag wurden angeherrscht, endlich Order zu parieren, und die liberale Presse beeilt sich, zu versichern, daß, wenn das Zucht hausgesetz wieder im Reichstag erscheint, die liberalen Parteien mit ganz anderem Nachdruck als bisher sich der Sache annehmen werden.

Gegen die Arbeitslosenversicherung liefen die Zentralverbändler während Sturm. Die überaus zahmen sozialpolitischen Beschlüsse der gleichzeitig tagenden Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz wurden heftig bekämpft und die Regierung angewiesen, ihnen ihre Zustimmung zu versagen. Inzwischen aber ist diese Versammlung bürgerlicher Sozialreformer vor dem Sturz der Unternehmer schon selbst in die Knie geknickt. Ursprünglich hatte die Konferenz das Verbot industrieller Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren und den zehnstündigen Arbeitstag für Arbeiterinnen jeden Alters und jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren verlangt. Von den Ausbeutern eines Besseren belehrt, setzte sie die Altersgrenze der Jugendlichen, für die der zehnstündige Maximalarbeitstag gelten soll, auf 18 Jahre herunter und die Altersgrenze für das strikte Verbot der Nachtarbeit jugendlicher gar auf 14 Jahre! Das ist nicht die Aufrichtung, sondern die Niederreißung von Schranken gegenüber dem Ausbeutungsdrang des Kapitals.

An die Verhandlungen des Zentralverbandes der deutschen Industriellen schloß sich eine gemeinsame Sitzung mit dem Zentralverband österreichischer Industriellen an. Die Lösung war: internationaler Zusammenschluß gegen die Arbeiterbewegung. Der Schutzgoll soll Schulter an Schulter mit den Zuhörern verteidigt werden.

Die sozialpolitischen Fragen weicht der Bund der Industriellen, als die Interessenvertretung der Fertigungsindustrie, in einer Reihe von Fragen vom Zentralverband ab, aber einig ist er mit ihm gegen die Arbeiterklasse. Die Leipziger Tagung des Bundes der Industriellen ist eine scharfe Kampfansage an das Proletariat. Polizei und Justiz wurden aufgefordert, noch schärfer als bisher die bestehenden Gesetze gegen die Arbeiterbewegung anzuwenden; insbesondere soll der Nötigungsparagraph gegen die Gewerkschaften gerichtet werden. Mit Frohlocken wurde es von den Ausbeutern begrüßt, daß die nationalliberale Fraktion ihre „Stellung zur Streikpostenfrage revidiert“, das heißt einem Zucht hausgesetz nicht länger abgeneigt ist. So redt sich das Ausbeutertum drohender denn je gegen die Arbeiterklasse auf. Die von ihr eroberten spärlichen sozialpolitischen Errungenschaften sollen gestrichen, ihre Organisationen zerbrochen werden. Das dünkt dem Kapital heute durchaus nicht unmöglich.

Das grauenvolle Elend der Arbeitslosigkeit, das schon Hunderttausende deutscher Proletarier erfaßt hat, läßt die Herrschenden kalt. Die „Kreuzzeitung“, das Blatt der preussischen Junker, wendet sich kategorisch gegen jede Arbeitslosenversicherung durch Staat oder Gemeinden. Die Unterstützung der Arbeitslosen müsse allein den Gewerkschaften überlassen bleiben. Übernehmen Staat oder Gemeinde diese Aufgabe, so sei das eine indirekte Förderung der sozialdemokratischen Gewerkschaften und eine Speisung ihres Streikfonds aus den Mitteln der Besitzenden. Die Arbeitslosenfrage, heißt das, ist keine Frage des guten Herzens, sondern des Klassenkampfes. Das ist eine Lehre für die Arbeiter, bitter aber heilsam. Bekräftigt wird diese Lehre durch das amtliche Blatt der Reichsregierung. Das erklärt von oben herunter, alle Versuche der Gemeinden und Verbände in der Sache der Arbeitslosenversicherung hätten bisher nur Mißerfolge erzielt. Das ist zwar nicht wahr, aber es ist eine passende Einleitung für den höhnvollen Vorschlag, die Arbeitslosen — zur Arvarmation von Döland, Mooren und Heide zu verwenden.

Das Verständnis, das der Regierung für die Not der Arbeitslosen abgeht, hat sie dagegen in vollem Maße für die armen Monarchen. Bei der Beratung des Wehrbeitrags hatte der Reichslanzler wie ein Löwe dafür gekämpft, daß die regierenden Fürsten nicht gesetzlich verpflichtet werden sollten, im selben Maße wie die anderen Besitzenden auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern. Sie würden sich freiwillig besteuern. Der Reichslanzler schilderte die deutschen Fürsten als von Edelmut triefend. Die Beiträge der Fürsten waren bisher auf 25 Millionen Mark veranschlagt worden. Nun erfährt man aus amtlicher Quelle, daß unsere hochsunigen Landesväter höchstens 8 Millionen Mark bezahlen werden. Diese Kniderigkeit könnte patriotische Gemüter verschlucken. Aber solche

mögen sich mit der Erwägung trösten: hätten die Fürsten mehr zu blechen, so würden wohl die meisten von ihnen den Vermögensausfall durch eine Erhöhung der Zivilliste zu decken suchen, wie das der König von Württemberg in weiser Vorsorge tat. Sein badischer Kollege soll demnächst um eine Gehaltsaufbesserung einkommen wollen. Vielleicht auch holten die deutschen Fürsten das Geschrei für übertrieben, das von der dem Vaterland durch Franzosen und Slawen drohenden Gefahr gemacht wurde.

Die letzte ungeheuerliche Heeresvorlage hat den Militärs den Ramm schwellen lassen. Bei der „Jahrhundertfeier“ eines Infanterieregiments zu Frankfurt a. M., zu deren Kosten die Stadt einen namhaften Beitrag leistete, sprach ein General v. Schenk von „Angriffen, die unser Heer heutzutage von zweifelhaften Elementen zu erleiden“ habe. Von dem sozialdemokratischen Reichstagsvertreter der Stadt bei seiner soldatischen Geradheit aufgefordert, offen herauszusagen, wen er unter diesen „zweifelhaften Elementen“ verstanden wissen wolle, erklärte der tapfere Krieger, er habe „keine Veranlassung, über eine von ihm aus dienstlicher Veranlassung gehaltene Ansprache irgend welche Kommentare zu geben“. Das Heer entwickelt sich immer mehr in eine geschlossene Organisation zur Sozialistenbekämpfung.

Um die kolossalen Waffenlieferungen, die der Staat infolge der letzten Militärvorlage zu vergeben hat, entspinnt sich ein wütender Kampf unter den großen Waffenfabriken. Um die Konkurrenz gegen die Firma Krupp energischer als bisher aufzunehmen, plante die Firma Ehrhardt, die Schnellfeuergeschütze fabriziert, ihr Aktienkapital zu erhöhen. In der Generalversammlung der Aktionäre, die darüber beschließen sollten, erschienen aber plötzlich drei Herren aus Berlin mit großem Aktienbesitz, um die Kapitalserhöhung niederzustimmen. Hinter diesen drei Herren stand niemand anders als die Firma Krupp. Durch Bestechungen und Schiebungen wahrt diese Firma ihre Monopolstellung, um das Reich stärker schröpfen zu können. So erwidert man sich Verdienste aus dem Vaterland. — Ist es ein Wunder, daß ein Land, in dem Säbel und Flinte allmächtig sind, brutal an den Gendarmensäbel appelliert, um mißliebigen ausländischen Rednern den Mund zu stopfen? So wurde den belgischen Parteigenossen Bander smissen und Huhsmanns, die in einer Berliner Parteiversammlung über den belgischen Massenstreik reden sollten, vom Berliner Polizeipräsidenten unter Androhung sofortiger Landesverweisung das Reden verboten.

Gegen die Arbeiterjugend wird von den Staatsstücken eine Hetzjagd unterhalten, mit der sich höchstens die Hetzjagd gegen die weiland revolutionäre Jugend der Bourgeoisie vor der achtundvierziger Revolution vergleichen läßt. Man weiß nicht, soll man mehr die Wildigkeit oder die Gemissenlosigkeit bewundern, mit der die Sache betrieben wird. Klaffisch ist folgendes Stück. 24 Jugendliche wurden wegen Vergehen gegen das Vereinsgesetz angeklagt, weil sie sich Heines Gedicht „Die Weber“ und Freiligraths „Trotz alledem“ hatten vorlesen lassen. Das Gericht sprach sie frei; der Staatsanwalt aber legte Verurteilung ein. Vor dem Verurteilungsgesicht erklärte dieser Herr, Gadow mit Namen, bestraft müßten die Jugendlichen werden, doch seien ihnen milde Umstände zugubilligen: als bedauernswerten Verführten der Sozialdemokratie. Diese verheißt den jungen Leuten die Errichtung eines goldenen Zeitalters, in dem niemand mehr zu arbeiten braucht“. Trotz dieses schweren Geschüßes sprach das Gericht die Jugendlichen wiederum frei.

Die Krönung der innerpolitischen Ereignisse der letzten Zeit bildet der freche Wahlschraub in Altona. Bürgermeister und bürgerliche Stadtvertreter erklärten freudig und frei, daß sie auf gesetzliche Formalitäten pfeifen, wenn es gilt, eine sozialdemokratische Mehrheit auf dem Rathaus zu verhindern.

In Irland wird der Kampf zwischen Unternehmern und dem Transportarbeiterverband immer erbitterter und umfassender. Die Unternehmer haben die Verhandlungen mit der Deputation des englischen Gewerkschaftskongresses abgebrochen. Sie wollen nicht verhandeln, sondern die Gewerkschaftsorganisation vernichten. Die Unternehmer von Irland haben die Aussperrung verhängt über alle, die am Transportarbeiterverband festhalten. In Dublin, der Hauptstadt von Irland, zählt man jetzt schon über 20 000 Arbeitslose. Die Hafenarbeiter von Dublin haben sich ihren streikenden Brüdern angeschlossen. Noch mehr. Der Streik hat auf England übergegriffen. In Liverpool stehen 5000, in Birmingham 4000 Transportarbeiter im Sympathiestreik, und schon rüsten sich die Londoner Omnibusfahrer und Automobilchauffeure gleichfalls, den irischen Arbeitern durch einen Sympathiestreik zu Hilfe zu eilen. Die irische Polizei setzt ihre Ausschreitungen fort. In Finglar bei Dublin stieß sie mit

Landarbeitern zusammen, und ein Knabe erlag ihren Streichen. — Frankreich erlebt das lange ungewohnte Schauspiel, daß der Präsident der Republik große Kellamereien in die Provinz unternimmt. Der letzte, der das tat, war der Präsident Louis Bonaparte. Seine Reisen waren die Vorbereitung zum Staatsstreich.

Bulgarien und die Türkei haben endlich Frieden geschlossen. Die Städte Adrianopel, Demotika, Kirklisse, um die Ströme von Blut vergossen wurden, verbleiben der Türkei. Es hat den Anschein, daß sich zwischen diesen beiden Erbfeinden ein Bündnis vorbereitet. Bulgarien will sich durch ein solches zum wenigsten die Platte frei halten für einen Revanchekrieg mit Griechenland und Serbien. Nur indem sie das Volk durch den Gedanken dieses Revanchekriegs hypnotisiert, kann sich die Dynastie Koburg im Lande halten. Mit dem Schlachtruf: Christentum gegen Islam! waren die Balkanverbündeten ins Feld gezogen. Nach der gemeinsamen Niederwerfung der Türkei haben sie sich untereinander zerfleischt wie ein Rudel toller Hunde, und jetzt lassen unter ihnen größere Gegensätze als je zuvor. Als Plaghälter hat der Krieg im Südosten Europas die Cholera zurückgelassen, die der Zollmauern nicht achtend bereits in Österreich eingedrungen ist. — Die finanzielle Erschöpfung und politische Wehrlosigkeit der Türkei wird von den europäischen Kapitalmächten benutzt, um ihr wirtschaftliche und politische Konzessionen abzupressen. Die Finanzmänner der europäischen Staaten wettrennen um die Gunst, in dem Lande Kapital anlegen und kapitalistische Unternehmungen gründen zu dürfen. Französische, italienische, deutsche, englische Staats- und Finanzmänner bemühen sich um Eisenbahnkonzessionen und wissen sie dem wehrlosen Lande zu entreißen. Aus dem Boden des Balkans und der Türkei, der mit dem Blut und den Knochen von Zehntausenden von Bauern und Arbeitern gedüngt ist, quellen die Profite des europäischen Kapitals. Der Krieg selbst liefert massenhaft das Menschenmaterial, das in den Fabriken und bei Hafens-, Strassen- und Eisenbahnbauten seine Zuflucht suchen muß. Denn Tausende und aber Tausende von Bauernfamilien sind durch ihn in beschloße und vogelfreie Proletarier verwandelt worden.

Kaiser Wilhelm II. hat dem König Konstantin von Griechenland den Marschallstab verliehen. Konstantin revanchierte sich dafür, indem er erklärte, die griechischen Siege seien einzig und allein der preussischen Methode des Kriegsführens zu verdanken. Wilhelm II. dankte hoch erfreut mit der Andeutung, die Prügel, die die Türken erhalten, beruhten auf unrichtiger Anwendung dieser glorreichen und unfehlbaren Methode. Das offizielle Frankreich fühlte sich durch die Äußerung des griechischen Königs schwer gekränkt, denn französische Instruktionen hatten das griechische Heer gedrückt. Die französische Presse erinnerte Herrn Konstantin höhnisch daran, wie er sich, als er frisch von der preussischen Kriegsakademie nach Griechenland kam, 1897 im Kriege gegen die Türkei bis auf die Knochen blamierte. Für sein schmähliches Verhalten damals wurde er aus der Armee ausgestoßen. Das griechische Ministerium, angewiesen auf die Millionen der französischen Kapitalisten, beillie sich, die Äußerungen Konstantins als rein privater Natur und dazu als „Missverständnis“ zu erklären. Sie waren aber von der deutschen Regierung mit allem Vorbedacht veröffentlicht worden.

Die Ermordung dreier Japaner durch die Regierungstruppen bei der Eroberung des ausländischen Nan King's diente Japan zum Vorwand, gegen China mit der gepanzerten Faust vorzugehen. Nachdem der Aufstand im Yangtsebeden zusammengebrochen war, trotzdem ihn Japan eifrig geschürt hatte, war diesem jetzt die letzte Gelegenheit zur Einmischung gegeben. Dreizehn Kriegsschiffe wurden schleunigst nach Nan King entsandt und immer mehr Forderungen bei der chinesischen Regierung erhoben. Die japanische Regierung wollte sich offenbar Boden in Südchina für die zukünftige Aufteilung des chinesischen Reiches sichern und zugleich durch eine kriegerische Aktion sich Lust von den Schwierigkeiten im Innern verschaffen. England aber, das zurzeit die Aufrollung der chinesischen Frage so sehr wie die der türkischen fürchtet und keinesfalls Japan allein auf Raub ausgehen lassen will, hat diesem vorläufig Halt geboten.

Die Italiener sind immer noch weit von der Unterwerfung von Tripolis entfernt. Heftige Kämpfe tobten in letzter Zeit im äußersten Westen und sogar noch unmittelbar an der Küste des Landes. Bei einem Gefecht hatten die Italiener über 100 Tote und Verwundete, die Mehrzahl natürlich italienische Proletarier.

a. th.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Eine Streikversicherungsklasse ist die neueste Waffe der Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiter. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat eine Streikentschädigungsgesellschaft ins Leben gerufen. Diese erhebt von jedem ihrer Mitglieder einen Jahresbeitrag von 1 Mk. pro 1000 Mk. der an die beschäftigten Arbeiter gezahlten Lohnsumme und ein Eintrittsgeld von 0,25 Mk. pro 1000 Mk. derselben Lohnsumme. Die Streikentschädigung beträgt bis zu 25 Prozent des durchschnittlichen Lohnes, der auf die streikenden Arbeiter entfallen wäre. Bei Aussperrungen werden 25 Prozent Entschädigung geleistet, wenn die Zahl der Ausgesperrten bei einer einzelnen Firma nicht mehr als 800 beträgt, bei 800 bis 600 Ausgesperrten sollen 20 Prozent und bei über 600 Ausgesperrten 15 Prozent gezahlt werden. In einer Werbeschrift an die Unternehmer wird die unbedingte Unterordnung der Streikversicherungsgesellschaft unter das Gebot der Scharfmacher proklamiert. Damit wird den Versicherten die Freiheit zu Verhandlungen mit den ausständigen Arbeitern genommen. Streikentschädigung wird erst nach vierwöchiger Karenzzeit gezahlt. Die neueste Scharfmachergründung zeigt auch sonst in ihren Satzungen, daß man es in ihr mit einer streng disziplinierten Vereinigung des Unternehmertums zu tun hat, deren Bedeutung für den wirtschaftlichen Kampf die Arbeiter nicht verkennen dürfen.

Ehe die Werftarbeiterbewegung endgültig zur Ruhe kam, flammte die Empörung der besiegten Arbeiter noch einmal kurz, aber kräftig auf. Die Unternehmer in Hamburg hatten die Vereinbarung nicht gehalten, daß sämtliche Streikende einzustellen seien. Dieser Wortbruch und andere Schikanen, durch die die siegenden Ausbeuter ihre Rache an den Unterlegenen nahmen, peitschten die Arbeiter auf, sich vor dem Unternehmernachweis zu einer gewaltigen Demonstration zu versammeln. In einer Stärke von 5000 Mann durchzogen sie von dort aus die Stadt. Der Zugang zum Rathaus war durch Polizeiketten gesperrt. Am anderen Tage scharten sich wiederum Tausende von Arbeitern zusammen, besonders aus der Vulkanwerft. Ihr Zug, der sich nach dem Gewerkschaftshaus bewegte, wurde von vielen Schutzleuten zu Fuß und zu Pferd begleitet. Im Gewerkschaftshaus hielt ein Genosse eine Ansprache, in der er die Demonstrierenden zur Ruhe ermahnte. Als die Versammelten aus dem Saale strömten und sich ihr Zug in einer engen Gasse etwas staute, ritten die Schutzleute sofort in die Menge hinein. Einige Arbeiter und wahrscheinlich auch unbeteiligte Passanten wurden dabei zu Boden geworfen und hös zugerichtet. So hat denn auch noch zu guter Letzt die Staatsgewalt ihr Stiegel als Mittel der Werftgewaltigen der Bewegung aufgedrückt.

Im Stettiner Hafen streiken die in städtischen Diensten stehenden Arbeiter. Ihre Organisationsleitung hatte beim Magistrat Forderungen eingereicht und um den Abschluß eines Tarifvertrags ersucht. Der Oberbürgermeister versprach, diese Forderungen in der Hauptsache in der Stadtverordnetenversammlung zu vertreten. Diese aber lehnte die wichtigsten Wünsche der Arbeiter ab und machte nur für einige untergeordnete Punkte Zugeständnisse. Darauf traten 600 von 900 Beschäftigten sofort in den Ausstand. Der Magistrat versucht sein Heil jetzt mit der Anwerbung von Streikbrechern. Die niedrigen Löhne von 3,50 Mk. pro Tag und noch weniger für die schwere Arbeit im Hafen werden aber wohl nicht viel brauchbare Raustreifer anlocken. Die städtischen Behörden werden sich mit zusammengelesenen Gesindel behelfen müssen. Bereits haben sich die Transportarbeiter den Streikenden angeschlossen.

In den Brennaborwerken in Brandenburg a. N. streiken gegen 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen, weil die Firma ihre geringen Forderungen ablehnt. — Einen Kampf um das Koalitionsrecht führen durch Arbeitseinstellung 200 Arbeiter und Arbeiterinnen der Kassenblockgesellschaft in Oberschöneweide bei Berlin.

Die Durchführung der britischen Tarifverträge im Baugewerbe erleidet durch die Halsstarrigkeit der Unternehmer eine starke Verzögerung. Von 86 vorliegenden Verträgen fand keiner Gnade vor den Augen der Unternehmer, alle wurden abgelehnt. Nunmehr hat das Haupttarifamt über die Meinungsverschiedenheiten zu entscheiden, die grundsätzlicher Natur sind und in denen die Arbeiter das Recht vollständig auf ihrer Seite haben. Womit aber noch nicht gesagt ist, daß auch in ihrem Sinne entschieden werden wird. — Eine Umfrage des Vorstandes des Bauarbeiterverbandes hat für das Baugewerbe ein erschreckendes Bild großer Arbeitslosigkeit ergeben. Bereits in den Sommermonaten waren in verschiedenen Städten bis zu

50 Prozent der Bauarbeiter arbeitslos, viele davon schon monatelang. Eine große Anzahl der Arbeitslosen hat Arbeit in industriellen Betrieben annehmen müssen. Für den Winter eine trostlose Aussicht!

Wie unser gut patriotisch gesinntes Unternehmertum ausländische Arbeiter als Lohnrüder gegen deutsche Arbeiter ausspielt, wurde kürzlich wieder vor Gericht in einem Verleumdungsprozeß gegen den Redakteur eines Parteiblattes festgestellt. Eine Firma, die sich auch sonst hervortut als Gegnerin aller gewerkschaftlichen Organisationen, hatte sich galizische Lohnsklaven vermitteln lassen, weil sie einen Ausstand ihrer Arbeiter befürchtete. An den Akkordanten zahlte sie pro Mann 27½ Pf. Stundenlohn. Die Galizier bekamen aber für den zehnstündigen Arbeitstag nur 1,95 Mk. Lohn. Die verbleibenden 1,40 Mk. steckte der Zwischenmeister in die Tasche für seine Mühe und für eine Kost, die selbst die so genügsamen galizischen Arbeiter auffällig machte. Um den einheimischen, außerdem gut christlich und national gesinnten Arbeitern nicht einige Pfennige mehr Lohn zahlen zu müssen, tritt eine von Patriotismus triefende Firma mit einem wahren Menschenhändler und Sklavenhalter in Arbeitsgemeinschaft und nimmt die Hilfe von „slawischen Stammesfeinden“ in Anspruch!

Was die christlichen Führer unter Wahrung von Arbeiterinteressen verstehen, zeigt eine Witzschrift des christlichen Keramund Steinarbeiterverbandes, Bezirk Würzburg. Dieser hat an die badische Regierung das Ansuchen gerichtet, bei der Vergebung von Steinmateriallieferung für die neuen Militärbauten den Sandstein der Würzburger Gegend besonders zu berücksichtigen; die Steinarbeiter der dortigen Gegend verdienen eine Bevorzugung, da sie gut christlich und national gesinnt seien und auch einen Tarifvertrag mit den Unternehmern hätten. Die badische Regierung aber hatte in diesem Falle für die echt christlichen Gedankengänge kein Verständnis, so daß die Winzlei umsonst gewesen ist.

Wir berichteten neulich, daß das Erfurter Landgericht drei Mägereiarbeiter zu 1100 Mk. Schadenersatz an einen Arbeitswilligen verurteilte, weil dieser Ehrenmann vorgab, er habe keine Arbeit mehr erhalten, nachdem auf Verlangen organisierter und von ihm beschimpfter Arbeiter seine Entlassung erfolgt war. Der Brauereiarbeiterverband wird jetzt eine Probe auf dieses Exempel machen, um festzustellen, ob Göttin Justitia wirklich ohne Ansehen der Person urteilt. Er klagt auf Schadenersatz für einen entlassenen organisierten Brauereiarbeiter. Dieser ist nach dem Ausspruch des Unternehmers entlassen worden, weil er einem sozialdemokratischen Verband angehöre und der größte Feind bei einem Streik gewesen sei. Sonst könne ihm nichts nachgesagt werden, er sei ein fleißiger, nüchternen Arbeiter gewesen. Wenn jeder von den Unternehmern auf die schwarze Liste gesetzte Arbeiter Schadenersatzansprüche geltend machen wird, bekommen die deutschen Gerichte genug zu tun!

Werkwürdig gekrümmt ist der mit objektiven Urteilen geplasterte Pfad, den die deutsche Justiz wandelt. Beim Oberlaufscher Bergarbeiterstreik im Jahre 1911 war es in Dirschfeld zu einer Prügelei zwischen Ausständigen und polnischen Streikbrechern gekommen. Wie von einwandfreien Zeugen behauptet wurde, war der Direktor der Gruben der Anführer des Polenheeres gewesen. Mit Knütteln, Drahtseilenden und Schlagringen hatten die Streikbrecher auf Kommando des Direktors auf die Streikenden eingeschlagen. Einem Streikenden wurde das Auge ausgeschlagen. Er klagte auf einmaligen Schadenersatz von 1500 Mark und eine jährliche Rente von 800 Mark. Der Eid wurde aber nicht dem Kläger, sondern dem klagten Direktor zugeschoben, und dieser beschwor, den Polen nicht das Kommando zum Dreinschlagen erteilt zu haben. Das Landgericht lehnte darauf die Klage ab. Etwas strenger waltet die objektivste Behörde der Welt ihres Amtes, wenn als Angeklagte vor ihr organisierte Proletarier stehen. Eine zwanzigjährige Arbeiterin erkundigte sich bei einer Mitarbeiterin, ob sie Mitglied des Metallarbeiterverbandes sei. Daraus ergaben sich einige geringfügige Streitereien zwischen den beiden Arbeiterinnen. Die organisierte Arbeiterin wurde aber plötzlich entlassen. Sie hatte guten Grund zu der Annahme, daß die nicht organisierte Arbeiterin sie beim Meister als Vertrauensperson denunziert habe und daß ihre Entlassung darauf zurückzuführen sei. Schließlich kam es deswegen vor dem Fabrikengang zu einer Prügelei zwischen den beiden Frauen. Dieser Vorgang, der im gewöhnlichen Verlauf der Dinge höchstens zu einer Privatklage führen könnte, veranlaßte die Staatsanwaltschaft in Berlin zur Erhebung einer Klage im „öffentlichen Interesse“ gegen die organisierte Arbeiterin, und diese hatte die Prügelei mit 35 Mk. Geldstrafe zu büßen. Es gibt noch Richter in Deutschland! #

**Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband.** Die Augustzählung ergab 2517 Arbeitslose, darunter 1004 Arbeiterinnen. Im Vormonat waren 2807, im August des Vorjahres 1042 Beschäftigungslose verzeichnet worden. Am gleichen Tage wurden als auf der Reise befindlich gemeldet 212 arbeitslose Mitglieder, darunter 8 weibliche, im Vormonat waren es 209, im August des Vorjahres 121. Die Zählung erfaßte 97,4 Proz. der Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder betrug 88 614 männliche und 54 710 weibliche, zusammen 141 824 Mitglieder. ak.

## Notizenteil.

### Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

**Zur Lage der Schweißblättermacherinnen in Berlin.** In der großen Zahl der Industrien, deren Arbeiterinnen vorwiegend in der Heimarbeit beschäftigt sind, gibt es sehr viele Beschäftigungsarten, von denen das laufende Publikum keine Ahnung hat. Dazu gehört auch die Herstellung der Schweißblätter. Wenn in den großen modernen Warenhäusern für billiges Geld dieser notwendige Bestandteil der weiblichen Kleidung gekauft wird, denkt wohl selten eine Käuferin daran, sich so ein Blättchen etwas genauer anzusehen, das so glatt und einfach vor ihr liegt. Tatsächlich ist es, so würde sie vielleicht entdeden, daß es eine ziemlich komplizierte Arbeit ist, die sie da in den Händen hält. Und wir haben es dabei mit Heimarbeit, elender, schlecht bezahlter Hausarbeit zu tun. An all den vielen tausend Blättchen, die verkauft werden, neben die Schweißtropfen der armen Proletarierinnen, die neben ihrer Hausfrauenarbeit Geld verdienen müssen zum notwendigen Lebensunterhalt. Zweifellos könnten in unserer Zeit der fortgeschrittenen Produktionstechnik die Schweißblätter sehr gut in Betriebswerkstätten hergestellt werden, womöglich an elektrisch bewegten Nähmaschinen. Der Kapitalist würde dann aber nicht so viel an der Ware verdienen wie jetzt, wo er die Arbeit an arme Näherinnen gibt, die in ihrem Heim schuften und schanzten.

Die Näherinnen bekommen den gestanzten Stoff, Gummi und das Einfassband geliefert. Die Arbeit wird grobweise ausgegeben. Zuerst muß die Arbeiterin die Valisi-, Trikot-, Seiden- oder Satinstoffblättchen zu je zwei zusammennähen, bei einem Gros 288mal, denn das Gros hat 144 Paar. Diese Arbeit — mit der noch das Auseinanderschneiden und Hinlegen der Blättchen verbunden ist — dauert bei einer geübten Näherin 3 bis 3½ Stunden. Darauf folgt das sogenannte Zuschneiden, das eigentlich ein Zurechttschneiden ist. Die Näherin legt das doppelte Gummi-Blättchen auf die zusammengenähten Stoffteile und schneidet alles gleichmäßig zurecht, so daß die verschiedenen Teile gut zusammenpassen. Es ist dies eine Arbeit, die großes Geschick erfordert. Eine geübte Arbeiterin braucht 4 Stunden, um ein Gros Schweißblätter derart herzurichten. Die dritte und schwierigste Verrichtung ist das Einfassen von Stoff und Gummi, das sehr mühsam erlernt wird. Wohl gibt es einen Apparat, den Einfasser, der an die Nähmaschine geschraubt wird und durch den das schmale Einfassband läuft. Jedoch macht auch bei seinem Gebrauch erst große Übung den Meister. Das Einfassen eines Gros Schweißblätter dauert auch bei einer flotten Näherin 5½ bis 6 Stunden. Nun müssen die Vandenden vernäht und abgeschnitten werden, und zum Schluß sind die Blätter drehendweise zusammenzulegen. Das zusammen erfordert wiederum 2 Stunden angestrengter Arbeit, und das selbst bei größter Fingerfertigkeit. Jedes einzelne Blatt ist also das Ergebnis von sechs verschiedenen Verrichtungen. Summieren wir die dazu nötige Arbeit für zwei Gros Blätter oder ein Gros Schweißblätterpaare, so erhalten wir 15½ bis 18 Stunden, vorausgesetzt, daß Geschick und Übung nicht fehlen und daß die Näherin ihre Kraft aufs äußerste anspannt. Manche Fabrikanten verlangen auch noch, daß jedes einzelne Blättchen geplättet wird, unbeschadet, daß die Hitze dem Gummi schadet.

Und der Lohn für diese Arbeit? Für ein Gros Schweißblätter zahlt der Fabrikant 2,70 Mk., also nicht ganz 1 Pfennig für ein einzelnes Blatt. Diese dürre Ziffer besagt aber noch nicht alles. Von dem Lohne geht der Preis für eine große Rolle Garn ab, die beim Nähen eines Gros verbraucht wird und von der Arbeiterin bezahlt werden muß. Es gibt außerdem auch Blätter, für die der Fabrikant den angeführten Lohn nicht zahlt, bei denen das Material schlechter ist usw. Dann müssen die armen Frauen sich plagen, um in der angegebenen Arbeitszeit 2 Mk. zu verdienen, ja zuweilen bringen sie es nicht einmal auf diesen Sah. Allerdings werden auch teurere Blätter angefertigt, für die es pro Gros 3,50 bis 4,50 Mk. Lohn gibt. Aber das sind teils seidene, teils doppelte Blätter, bei denen innen und außen Stoff

oder Seide und dazwischen der Summi liegt. Ihre Anfertigung beansprucht eine viel längere, manchmal sogar die doppelte Arbeitszeit wie die gewöhnliche Ware, so daß also auch sie viel zu schlecht bezahlt wird. So sind denn trotz größter Anstrengung 8 bis 12 Mark die wöchentlichen Durchschnittsverdienste der armen Proletarierinnen, die Schweißblätter nähen. 15 oder gar einmal 18 Mark in der Woche können sie nur verdienen, wenn sie die Nachtstunden zu Hilfe nehmen oder wenn, wie es sehr oft vorkommt beim Verputzen (Endenabschneiden und anderes), die Kinder mitschaffen.

Der Gedanke der Organisation findet bei diesen Arbeiterinnen wie ja bei der Heimarbeiterin im allgemeinen nur schwer Eingang. Bei den neun Berliner Schweißblattfirmen sind mehrere hundert Arbeiterinnen beschäftigt, aber nur eine einzige von ihnen ist organisiert. Vor fünf Jahren war die Zahl der Organisierten eine ganz beträchtliche, namentlich bei der einen Firma. Diese hatte nämlich Lohnreduzierungen vorgenommen, die die Frauen rebellisch machten und in großer Zahl der Filiale III des Schneiderverbandes in Berlin zuführten. Der Unternehmer mußte die Lohnsenkungen zurücknehmen, ja er mußte sich sogar dazu bequemen, den Lohn für einige Sorten Blätter zu erhöhen. Die Saison drängte und ein Überangebot von Arbeitskräften war nicht vorhanden. Aber er hielt sich sehr bald schadlos. Ein junges Mädchen wurde von nun an im Betrieb damit beschäftigt, Frauen in der Näherei von Schweißblättern anzulernen. Nach und nach setzte der Herr dann die Preise wieder herab, weil er nun genügend Arbeitskräfte zur Verfügung hatte. Aus Furcht vor dem Verlust des mageren Brotes ließen sich die Näherinnen das gefallen, und das Ende vom Liede war, daß eine nach der anderen dem Verband den Rücken kehrte.

Außer den Heimarbeiterinnen werden in den Betrieben selbst junge Mädchen beschäftigt, die Gummiblättchen zählen und verschneiden sowie als Legerinnen und Packerinnen tätig sind. Ihre Löhne schwanken bei einer neunstündigen Arbeitszeit zwischen 6 und 12 Mark wöchentlich, je nach der Länge der Jahre, die sie in einem Betrieb tätig sind. Gewöhnlich beträgt der Anfangslohn 6 Mark, und mit jedem Jahre wird der Wochenverdienst um 1 Mark erhöht. Elternlose junge Mädchen, die bei der heutigen Teuerung von diesem Arbeitseinkommen leben sollen, gehen entweder an der Schwindsucht oder im Pfuhl der Großstadt zugrunde.

Doch zurück zu den Heimarbeiterinnen. Es ist nicht nur der miserable Verdienst, unter dem sie leiden, alle traurigen Begleiterscheinungen der Heimarbeit belasten und verdüstern ihre Existenz. Wir sehen da vor uns ein Proletarierheim der allerärmsten Art im Osten Berlins. Am Fenster der winzigen Stube, in der gelocht, gewohnt, gearbeitet und geschlafen wird, stehen zwei Nähmaschinen. Die beiden Frauen, die daran sitzen, müssen noch heute bis 1 Uhr liefern, jetzt ist es bereits 11 Uhr vormittags und kaum ist der Arbeit ein Ende abzusehen. Im Bette sitzt ein dreijähriges Mädchen und spielt. Es kann erst angezogen werden, wenn die Arbeit fertig ist, und es möchte doch so gern aus dem Bett. Das Kind wird ungeduldig. „Bist du artig, so bringe ich dir vielleicht etwas mit, wenn ich noch zum Rechnen zurecht komme“, erklärt die Mutter seufzend. Und das kleine vernünftige Proletariermädchen ist artig, aber hat Nachgedanken: „Wenn ich groß bin, stecke ich Mutti ins Bett und gehe liefern“, läuft durch sein Köpfchen. Wieviel Frohsinn, wieviel Kraft und Glück geht den so aufwachsenden Kindern der emverbstätigen Mütter verloren. Welchen Schaden müssen aber auch diese Mütter selbst an ihrer Gesundheit erleiden, stets überanstrengt, stets von dem Gedanken an das Liefernmüssen, von Not und Sorge geplagt. Ist es nicht erklärlich, daß viele von ihnen stumpfsinnig werden bei dem ewigen mechanischen Einerlei der Arbeit, dem nie nachlassenden Druck des Elends?

Auch in diese trübe Existenz muß unsere Agitations- und Organisationsarbeit Licht und Besserung tragen. Diese Frauen vor allem bedürfen des Schutzes der starken Organisation. Wir aber müssen auch diese Mütter und ihre Kinder für unsere große Gegenwarts- und Zukunftsarbeit gewinnen. Elisabeth Köhl.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Der Bericht des Nationalen Frauenkomitees der Sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten stellt ansehnliche Fortschritte fest, die die sozialistische Frauenbewegung 1912 gemacht hat. Für 1911 hatten 85 über die Union verstreute Lokalorganisationen der Partei weibliche Mitglieder gemeldet, deren Zahl alles in allem 10 Prozent der gesamten Parteimitglieder ausmachte. 1912 haben die Parteisekretäre von 22 Einzelstaaten

eingehend über den Stand der politischen Frauenorganisation berichtet, und danach stellten die Frauen nun 15 Prozent der gesamten Parteimitglieder. In 85 Unionsstaaten wurden die Bestrebungen zur Aufklärung und Organisation der Frauen systematisch nach dem Arbeitsplan durchgeführt, den das „Nationale Frauenkomitee“ der Partei entworfen hat. Eigene Korrespondentinnen beziehungsweise Vertrauenspersonen sind dort als Leiterinnen der Frauenbewegung tätig, indem sie den Arbeitsplan in Verbindung mit den in Betracht kommenden Parteinstanzen durchführen und den Mittelpunkt bilden, wo die Fäden des agitatorischen und organisatorischen Wirkens zusammenlaufen. Besondere sozialistische Frauenorganisationen sind jetzt so gut wie unbekannt. Die gesamte Tätigkeit unter den Frauen des werktätigen Volkes wird mit Zustimmung und unter der Kontrolle der lokalen Parteiorganisationen — auf denen sich die Gesamtpartei aufbaut — durch Frauenagitationskomitees betrieben. Die meisten dieser Komitees haben keine eigene Kassenführung, die allgemeine Lokalkasse trägt die Ausgaben, und an sie werden alle Mitgliedsbeiträge von Frauen wie andere Einnahmen abgeführt, die aus der Frauenbewegung entstehen. Das „Nationale Frauenkomitee“ ist die Zentralstelle der Gesamtpartei für die Frauenagitation und Frauenorganisation. Es verwaltet ein eigenes Departement des Parteisekretariats und steht in regelmäßiger Fühlung mit fast allen Parteibeamteten der einzelnen Staaten, denjenigen vieler Lokalorganisationen und 1200 tätigen Genossinnen. Zur Förderung und Vereinhaltung der Frauenorganisation verschickte im Jahre 1912 das „Nationale Frauenkomitee“ 68 855 Zirkulare; sechs angestellte Agitatorinnen der Partei haben planmäßig unter den Frauen in den Staaten Indiana, Minnesota, Arizona, Kansas, Ohio, Kalifornien und Michigan gearbeitet. Die Zahl der verfügbaren Rednerinnen, die außerdem in der ganzen Union wirkten, erwies sich als viel zu klein, um dem sich geltend machenden Bedürfnis nach sozialistischer Aufklärung der Frauen zu genügen. In größeren Städten werden deshalb Kurse zur Ausbildung befähigter Genossinnen abgehalten, die zunächst hauptsächlich an Ort und Stelle tätig sein sollen. In steigendem Maße lassen sich die tätigen Genossinnen angelegen sein, dafür zu wirken, daß die in den Vereinigten Staaten eingewanderten Frauen ihr Bürgerrecht erwerben, damit sie das Wahlrecht ausüben können, das dem weiblichen Geschlecht in einer rasch wachsenden Zahl von Unionsstaaten zusteht. Die Agitation durch das gesprochene Wort unter den Frauen ist durch die sozialistische Presse und eine entsprechende Flugblatt- und Broschürenliteratur ergänzt worden. Die Partei hat kein offizielles Frauennetz, doch fördert das „Nationale Frauenkomitee“ die Verbreitung von zwei Zeitschriften, von denen die eine der gemeinschaftlichen Agitation dient, es ist dies „Life and Labor“ (Leben und Arbeit), das Organ der Frauengewerkschaftsliga, die andere der sozialistischen Propaganda, es ist „The Progressive Woman“ (Die fortschrittliche Frau). Beide Zeitschriften erscheinen monatlich, die letztere erhielt 1912 aus der Hauptkasse der Partei einen Zuschuß von 200 Dollar. Fast alle Parteiblätter haben eine besondere Frauenseite oder Frauenspalte. Bei besonderen Gelegenheiten widmen sie der Behandlung von einzelnen Seiten der Frauenfrage Sondernummern, so zum Frauentag. Das „Nationale Frauenkomitee“ versendete 43 Artikel an die Parteipresse, die den Interessen der Frauen galten. Im Verlauf des letzten Jahres hat das „Nationale Frauenkomitee“ 22 Flugblätter — vierseitig, kleines Format — herausgegeben, die die Arbeits- und Existenzbedingungen der Arbeiterinnen großer Erwerbsgebiete behandelten, wie andere Fragen, die für die Frauen der breiten Massen von Bedeutung sind. Sie wurden zusammen in mehr als anderthalb Millionen Exemplaren verbreitet, der Verkauf von Schriften über die Frauenfrage betrug 2062 Exemplare. Das Komitee hat ferner einen Katalog von empfehlenswerter Lektüre für Frauen zusammengestellt, er enthält 19 belehrende Werke und Broschüren. Die Vielsprachigkeit in der großen nordamerikanischen Republik, der starke Zustrom Einwanderer haben dazu geführt, daß der Sozialistischen Partei Zweigorganisationen fremdsprachiger Genossen angegliedert worden sind. Die „Gleichheit“ hat darüber bereits ausführlich berichtet. Das „Nationale Frauenkomitee“ meldet, daß auch in diesen Organisationen rührig für die Sammlung der Frauen und ihre Erziehung in den Ideen des Sozialismus gearbeitet wird. Der „Jüdische Verband“ verzeichnete 15 Prozent weiblicher Mitglieder. Seine „Majzeitung“, die in 10 000 Exemplaren erschien, brachte zwei besondere Artikel für die Frauen. Dem „Polnischen Verband“ stellen die Frauen 8 Prozent seiner Mitglieder. Diese Organisation verbreitete in 10 000 Exemplaren unter den proletarischen Arbeiterinnen ein

Flugblatt für das Frauenwahlrecht, und ihr tägliches Organ bringt fast alle propagandistischen Veröffentlichungen des „Nationalen Frauenkomitees“ zum Abdruck. Nur wenige weibliche Mitglieder zählt die „Südslawische Sektion“, es wird damit erklärt, daß ihr fast nur ledige Männer angehören. 10 Prozent weibliche Mitglieder meldet die „Böhmische Sektion“, ihre vier Wochenblätter haben wie ihre Tageszeitung regelmäßig Frauenseiten, sie verbreitete unter den Arbeiterinnen vier Flugblätter. Die „Deutsche Sektion“ hat ebenfalls 10 Prozent weibliche Mitglieder, die sowohl in den allgemeinen Lokalorganisationen wie in besonderen Zweigvereinen für die Frauen zusammengefaßt sind. Ihr wichtigstes Organ, die „New Yorker Volkszeitung“, hat seit Jahren schon eine eigene Frauenspalte, diese fehlt auch in anderen deutschsprachigen Parteiblättern nicht. Die „Ungarische Sektion“ läßt sich die Verbreitung der in Budapest erscheinenden „Arbeiterin“ angelegen sein, ihr stellen die Frauen 20 Prozent der Mitglieder. In der „Italienischen Sektion“ ist die Zahl der organisierten Genossinnen sehr klein, weil es bisher an dem Verständnis für die Agitation unter den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen dieser Nationalität gefehlt hat. Die „Skandinavische Sektion“ hatte 10 Prozent weibliche Mitglieder gewonnen. Der größten weiblichen Mitgliederzahl darf sich die „Finnische Sektion“ rühmen. Hier machten die Frauen 85 Prozent aller Mitglieder aus. Die Sektion verbreitete in Übersetzung mehr als 50 000 Exemplare von drei Flugblättern, die das „Nationale Frauenkomitee“ herausgegeben hat, außerdem mehrere Tausend einer Broschüre „Die Frau im Heim und in der Industrie“. Sie hat ein eigenes Frauenorgan „Die Genossin“, das wöchentlich in einer Auflage von 5000 erscheint. Das „Nationale Frauenkomitee“ unterhält selbstverständlich mit den einzelnen fremdsprachigen Organisationen stete Verbindung, um die Ausbreitung des Sozialismus unter den Frauen zu fördern, die des Englischen nicht mächtig genug sind, um von der allgemeinen Parteioorganisation erfaßt zu werden. Es wendete seine Aufmerksamkeit den sozialistischen Schulen zu, die in manchen größeren Städten von Genossinnen und Genossen gegründet worden sind, dem Lehrerbureau und der sozialistischen Jugendbewegung. Darüber später einige bemerkenswerte Einzelheiten. Der Bericht des „Nationalen Frauenkomitees“ bezeugt ein ebenso eifriges als umsichtiges und planmäßiges Wirken, das die sozialistische Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten nicht nur numerisch erstarken läßt, sondern auch in der tragenden, wegweisenden Erkenntnis klärt und vertieft. Und auch das ist ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, und dessen Bedeutung mit dem Siegeszug des Frauenwahlrechts durch die Unionsstaaten immer schärfer hervortritt. Mit Recht schließt Genossin Winnie Brajter den Bericht des „Nationalen Frauenkomitees“ also: „Zum Schlusse muß ich nachträglich darauf verweisen, daß die Bemühungen der bürgerlichen Klassenparteien, die Proletarierinnen dadurch zu bestechen, daß sie ihnen das Wahlrecht gewähren, durch eine aggressive Kampagne für ihre Erziehung im Sinne des Sozialismus beantwortet werden müssen. Zu diesem Zwecke empfehle ich eindringlich, daß unsere Presse, Artikel, Flugblätter, kurz unsere ganze Literatur, das Schwergewicht auf den Klassenkampf und nicht auf den sozialen Kampf zwischen den Geschlechtern legen soll, daß wir unsere ganze Energie darauf konzentrieren, die Frauen der Arbeiterklasse der Sozialistischen Partei zuzuführen.“

### Frauenbewegung.

Die christliche Gesinnung der evangelischen Frauenrechtlerinnen hat sich kürzlich angesichts eines Toten mantellos gezeigt. Bei der Beerdigung der Berliner Arbeiterschaft hatte Frau Cauers Worte aufrichtiger Dankbarkeit dem Manne nachgerufen, der ohne Wanken und Schwanken ein ganzes Leben hindurch für die Rechte aller Frauen gekämpft hat. Aber dieser treue Vorkämpfer für Frauenrecht als Menschenrecht war zugleich der Führer der Sozialdemokratie. Vor dieser Tatsache macht die christliche Gesinnung von Fräulein Müller Halt, der Vorsitzenden des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes. Diese Dame schickte der „Täglichen Rundschau“ einen Protest gegen Frau Cauers Dank ein. Sie schrieb dort:

„Dagegen werden zahllose Frauen der Frauenbewegung, jedenfalls alle im Deutsch-Evangelischen Frauenbund zusammengeschlossenen, auf das energischste protestieren. Diese Frauen haben keine Veranlassung, August Bebel mit Dankbarkeit zu gedenken. Aber den Menschen Bebel erlauben sie sich kein Urteil. Sie wissen, daß er heute vor einem höheren Richter steht. Aber die Frauen

des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes lehnen es auf das entschiedenste ab, für den Politiker Bebel ein Gefühl der Dankbarkeit zu empfinden. Sie wüßten nicht, was sie ihm zu danken hätten. Sie wüßten aber vieles, das er vertrat, was sie zu bekämpfen und zurückzuweisen haben. Mag Bebel für den einen oder anderen Punkt der Frauenfrage ein Verständnis besessen haben, seine Lebens- und Weltanschauung rückt ihn weit ab von allen wirklich national empfindenden Menschen und jedenfalls weit ab von der christlichen Frauenbewegung. Bis diese an keinen wahren Fortschritt, an keine wirklich wertvolle Errungenschaft für unser Volkleben und somit auch für die Frauenwelt durch die Erfolge der Sozialdemokratie glaubt, so vermag sie auch kein Gefühl der Dankbarkeit für einen Mann zu empfinden, der sich selbst als den Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft und der bestehenden Staatsordnung bezeichnet und der das Christentum heruntergezogen und bekämpft hat.“

Wie weit entfernt sind diese Ausführungen von Gerechtigkeitsempfinden und geschichtlichem Wahrheitsinn! Wie bar jeder christlichen Gesinnung, die im Evangelischen Frauenbund in Reinkultur gepflegt werden soll! Das scheint ein Widerspruch, und doch hat's Methode. Die Lehre Christi: „Liebet eure Feinde“ muß vor dem Haß für den unbußfertigen Gegner der bürgerlichen Klassenherrschaft und Klassenausbeutung in die Knie sinken. Der Geist der bürgerlichen Weltordnung tötet jedes christliche, jedes rein menschliche Empfinden.

### Frauenstimmrecht.

Die Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts zum Unterhaus in Dänemark sieht eine Vorlage der Regierung dieses Landes zur Änderung des Staatsgrundgesetzes vor. Sie befaßt sich mit einer Reform der beiden Kammern — des Folkething und des Landstings. Nach dem geltenden Gesetz steht in Dänemark das aktive Wahlrecht zu der zweiten Kammer, dem Folkething, jedem männlichen Dänen zu, der das 30. Jahr vollendet und seinen ständigen Wohnsitz in seinem Wahlkreis hat, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist und keine Armenunterstützung empfängt. Das passive Wahlrecht, die Wählbarkeit, steht dem dänischen Manne schon vom vollendeten 25. Lebensjahr zu. Der Entwurf der Regierung zuerkennt nun das Wahlrecht allen 25jährigen Dänen ohne Unterschied des Geschlechts, die den übrigen oben mitgeteilten Vorschriften entsprechen. Im Folkething ist eine Mehrheit für die Reform sicher.

Eine Demonstration für das Frauenwahlrecht in Dölsand veranstalteten 800 Frauen im Haag. Veranlaßt wurde sie durch den Umstand, daß die Thronrede — einer Königin — nicht die politische Gleichberechtigung von Mann und Frau versprochen hatte. Der Ministerpräsident empfing zwei Vertreterinnen der demonstrierenden Frauen. Er erklärte ihnen, daß auf Grund der angekündigten Verfassungsrevision die Gesetzgeber das Frauenwahlrecht gewähren könnten. Die Demonstrantinnen zogen darauf vor das Kammergebäude.

Wir empfehlen in einfacher, guter Ausstattung

## Einbanddecken zur Gleichheit

Jahrgang 1912/1913

a. Die Decke für das Hauptblatt und die Beilage „Für unsere Mütter und Hausfrauen“. b. Die Decke für die Kinderbeilage.

Preis zusammen 1 Mark.

Bei direkter Zusendung 30 Pf. mehr für Porto. Titelblatt und Inhaltsverzeichnis werden den Decken unentgeltlich beigegeben. Vollständig gebundene Jahrgänge der Gleichheit und der Kinderbeilage sind vorrätig. Preis 4 Mark.

Bestellungen nehmen die Austrägerinnen der Gleichheit sowie alle Buchhandlungen entgegen.

Vorrätig sind noch die Einbanddecken zu den Jahrgängen 1908/1909, 1909/1910, 1910/1911, 1911/1912. Preis je 1 Mark.

Expedition der Gleichheit, Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Zunel), Wilhelmshöhe, Post Esgerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

1115